Die

Bestrebungen der Socialdemokratie

beleuchtet vom

Irrsinn Eugen Richters.

Von

Kurt Falk.

Nürnberg 1891.
Druck und Verlag von Wörlein & Comp.

Die

Bestrebungen der Socialdemokratie

beleuchtet vom

Irrsinn Eugen Richters.

Von

Kurt Falk.

Nürnberg 1891.

Druck und Verlag von Wörlein & Comp.

Vorrede.

Herr Richter hat mit seinen „Irrlehren“ der Socialdemokratie einen großen Dienst geleistet. Da er dies aber nicht beabsichtigt hat, so brauchen wir ihm nicht zu danken.

Er wollte vielmehr der verhaßten und gefürchteten Gegenpartei so empfindlich, als nur irgend gelingen würde, Abbruch thun.

Zu diesem Zwecke hat er nicht nur allen Geist aufgeboten, der ihm innewohnt, sondern auch alle Geister zu Hilfe gerufen, die skrupellosen Politikern zu Diensten stehen — die Geister der Entstellung und Verdrehung, der stellenweise vielleicht unbewußten, wahrscheinlich meistens aber vollbewußten Unwahrheit, sowie der hier plumpsten, da raffinirtesten Verleumdung.

Herr Richter scheint sich der selbstzufriedenen Ueberzeugung hinzugeben, er habe in dem Rattenkönig seines Leitartikel-Bündels einem Meisterwerk das Leben gegeben.

Wir hingegen sind der Ueberzeugung, daß sich selten an einem Menschen so drastisch die Wahrheit des Sprichworts erwiesen hat:

Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Sollte Herr Richter meinen, er läge noch nicht tief genug darin, so wird er uns mit größtem Vergnügen zur Fortsetzung des so famos begonnenen Frage- und Antwortspiels bereit finden.

Wir versprechen ihm sogar, wenn ihm ja etwas daran liegen sollte, für die Zukunft zartestes Entgegenkommen.

Diesmal freilich haben wir zeitweilig die Glaceehandschuhe abgelegt. Aber das geschah hauptsächlich deswegen, weil wir Ursache genug zu der Annahme haben, daß Herr Richter selbst solchen Luxus am liebsten vermeidet.

Und nun zur Sache!

Der Verfasser.

I.

Das socialdemokratische Programm und Eugen Richter.

Im ersten Abschnitte seiner „Irrlehren" bespricht Herr Eugen Richter das socialdemokratische Programm, von dem er mit Recht behauptet, daß es „wenig bekannt" sei und „noch weniger verstanden" würde.

Nachdem er sich offenbar zunächst lange Zeit grimmige Mühe gegeben, soweit es ihn selbst anging, diesen Uebelständen abzuhelfen, ließ ihm sein Thatendrang keine Ruhe mehr, er mußte mit Allem, was er gelernt zu haben glaubte, hinaus treten vor die Welt und dafür sorgen, daß das Programm der Socialdemokratie in weitesten Kreisen bekannt und, wenn nicht richtig, so doch „richterlich" verstanden würde.

Gegenüber den Programmforderungen, welche die Socialdemokratie innerhalb der heutigen Gesellschaft geltend macht, streicht er, ohne dawider ein erhebliches Quantum seines Tintenpulvers zu riskiren, die Segel. Freilich ist er dabei in den Worten, mit denen er sein Einverständniß kund gibt, so vorsichtig wie ein Diplomat der alten Schule. Von den auf Arbeiterschutzgesetze, Regelung der Gefängnißarbeit, Selbstverwaltung für Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen, Coalitionsfreiheit, Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten u. s. w. bezüglichen Forderungen könne — so sagt er — auch jeder Freisinnige „manches" unterschreiben.

Natürlich findet er auch unter diesen, den goldenen Boden der privatkapitalistischen Wirthschaft schonenden Forderungen noch „Irrthümer". Der eine socialdemokratische Irrthum besteht nach ihm in der Einbildung, daß „eine einheitliche progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde alle andern Steuern überflüssig machen könne"; der andere hat sich seiner überraschenden nationalökonomischen Weisheit in dem vermeintlichen sozialdemokratischen Aberglauben enthüllt, wonach die „gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages überhaupt den Arbeitern Vortheil zu bringen vermöchte".

Um jedoch auf diese „Irrthümer" nicht näher eingehen zu dürfen, ist er so freundlich, „hier wie in anderen Punkten andere Ansichten" zu gestatten.

En revanche für diese Liebenswürdigkeit wollen wir dem freisinnigen Herrn zunächst einmal verrathen, was seine, wie er

sich einbildet, nicht irrige Meinung: daß eine einheitliche, progressive Einkommensteuer alle anderen Steuern nicht überflüssig macht, — für einen Sinn hat.

Daß die Quelle aller Steuern das Einkommen dieser oder jener Staatsbürger ist, dürfte dem Herrn Eugen Richter am Ende doch schon klar geworden sein.

Direkte Steuern, wie es die klassifizirte Einkommensteuer und die preußische Klassensteuer sind, richten sich nur in der Weise nach dem Einkommen des Steuernden, daß sie desto größer werden, je höher das betreffende Einkommen ist; indirekte Steuern, solche auf Nahrungs- und Genußmittel, auf das Bedürfniß nach Rechtsschutz u. dgl. belasten scheinbar alle, deren Einkommen sie treffen, in gleichmäßiger Höhe. Da sie sich aber fast ausschließlich auf Bedürfnisse des Volkes, der großen Massen, beschränken, oder wenigstens auf solche Bedürfnisse, deren Befriedigungsmittel vom armen Volke in verhältnißmäßig viel höherem Maße in Anspruch genommen werden, als von den Reichen, so belasten die indirekten Steuern viel mehr die Armen als die Reichen.

Die Sache stellt sich also unter den Steuerverhältnissen, wie sie gegenwärtig noch sind, so:

Alles, was der Staat zur Deckung seiner Ausgaben in der Form von direkten und indirekten Steuern erhebt, wird vom Einkommen der Staatsangehörigen abgezogen. Da nun die indirekten Steuern den weitaus größten Theil der Ausgaben decken müssen, und da sie die nichts- oder wenigbesitzenden Volksmassen weit mehr belasten, als die Besitzenden, so ist über jeden Zweifel erhaben, daß von jedem Einkommen der armen Staatsangehörigen im Verhältniß viel mehr zur Deckung der Staatsausgaben genommen wird, als von jedem Einkommen der reichen Staatsbürger.

Die Forderung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer zur Deckung aller Staats- und Gemeindeausgaben hat demgegenüber den Zweck, diese Ausgaben auf die Staatsbürger möglichst genau nach der Höhe ihrer Einkünfte zu vertheilen. Die progressive Einkommensteuer soll also dem Staate die Möglichkeit nehmen, durch die Kniffe und Pfiffe seines Steuersystems die Reichen zum Schaden der Armen zu begünstigen.

Wer den Sinn der Forderung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer begreift und bei der Behauptung beharrt, daß die progressive Einkommensteuer nicht alle andern Steuern überflüssig zu machen vermöchte, der demaskirt sich damit als Feind des armen Volkes und als Begünstiger der unanständig selbstischen Interessen der Reichen.

Anzunehmen, daß Sie, Herr Richter, das zu thun beabsichtigen, hieße Sie für beschränkter halten, als Sie im ersten Abschnitt Ihrer „Irrlehren" sein dürften.

Sie werden also gut thun, in der zweiten Auflage Ihrer Schrift Ihre Worte über die progressive Einkommensteuer für — nun, sagen wir — einen Druckfehler zu erklären.

Einen noch fataleren Streich haben Sie sich mit der unvorsichtigen Aeußerung über den Normalarbeitstag gespielt.

Abgesehen von der selbst dem unschuldigsten nationalökonomischen Säugling bekannten Thatsache, daß der Normalarbeitstag schon in verschiedenen Culturländern eingeführt ist und den Arbeitern überall genützt hat, wo er durch Gesetzeszwang aufrecht erhalten wurde, — abgesehen davon also, daß von Thatsachen, welche kein Mensch von gesunden Sinnen zu leugnen vermag, das Gegentheil Ihrer Behauptung erwiesen ist, — brauchen wir Sie auch in diesem Falle nur mit dem Ihnen offenbar gleichfalls verborgenen Sinn der Forderung gesetzlicher Fixirung eines Normal- oder Maximalarbeitstages vertraut machen, um Ihres Beifalls als eines freisinnigen Volksmannes, eines der Erben der Demokratie von 1848, sicher zu sein.

Das Kapital — Sie haben ihm solche Schlechtigkeit gewiß nicht zugetraut, Herr Richter!? behandelt „seine" Arbeiter so sehr wie todte Werkzeuge, daß es dieselben bei der täglichen Arbeit fast überall weit über Menschenvermögen anspannt. Mag die unparteiische Wissenschaft zehnmal fest gestellt haben, daß ein erwachsener Mensch auch mit nicht sehr schwerer Arbeit täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden dürfe, wenn man an ihm nicht einen langsamen Mord begehen will, — das Kapital pfeift auf Wissenschaft und Humanität und belastet die Arbeiter — wie z. B. August Bebel eben erst in Bezug auf die Bäckergesellen festgestellt und wie Sie außerdem auch von den königlich preußischen Fabrikinspektoren sich bestätigen lassen können — oft mi einer Ausdehnung der Arbeitszeit auf 15, 17 und 20 Stunden am 24stündigen Tage.

Hält man sich diese ebenfalls unleugbare Thatsache vor Augen, so gewinnt die Forderung gesetzlicher Fixirung eines Maximalarbeitstages den Sinn einer Schutzwehr gegen den langsamen Mord der Arbeiter durch fortgesetzt übermäßige Anstrengung ihrer Arbeitskraft.

Sowie die progressive Einkommensteuer ein Mittel, und zwar im heutigem Staate das einzige Mittel, ist, die Einkünfte der wenig und nichts Besitzenden von jener der unersättlichen Habgier der Reichen entstammenden Ueberlastung mit Beiträgen zu den

Staatsausgaben zu befreien, so ist der Normal- oder Maximalarbeitstag im Kapitalistenstaat das einzige und schließlich, wenn das Volk nicht zu Grunde gerichtet werden soll, unentbehrliche Mittel, Leib und Leben der Lohnarbeiter in Schutz zu nehmen gegen Schädigung und Vernichtung durch systematische Arbeitsüberbürdung.

Wir fühlen bereits Ihren wärmsten Händedruck, Herr Richter, zum Dank für unsere wohlwollende Belehrung und wissen, daß Sie nunmehr im Reichstage für den Normalarbeitstag stimmen werden. Das genügt.

Auch im mittleren Theile des socialdemokratischen Programms findet Herr Richter manches ganz Passable. So würde er nichts dagegen einzuwenden haben, wenn „der Wahl- oder Abstimmungstag auf einen Sonntag oder einen Feiertag“ verlegt würde.

Von der direkten Gesetzgebung durch das Volk, nebenbei gesagt, einem ganz verzweifelt radikalen Programmpunkte — theilt er geheimnißvoll mit, daß sie in der Schweiz in „gewissem Sinne“ eingeführt sei. Auch von der Forderung des unentgeltlichen Volksschulunterrichts erzählt er nicht minder mysteriös, daß er „in gewissen Grenzen neuerdings in Frankreich“ durchgeführt worden sei.

Die Forderung der unentgeltlichen Rechtspflege findet er dagegen verkehrt. Ihre Bewilligung würde nach ihm die Angehörigen des deutschen Volkes wie mit einem Zauberschlage in eine Heerde „entsetzlicher Prozeßwüthericbe“ verwandeln.

Nach ihm darf also das Recht nach wie vor nur für gutes Geld zu haben sein, und dem Menschen sollen am ehesten und bequemsten die Wohlthaten unserer Rechtspflege zu gute kommen, der sie am besten bezahlen kann.

Indessen ist dem Herrn Richter die Frage, ob in seinem Rechtsstaate das Recht in der Hauptsache nur für den Reichen vorhanden ist, oder ob der Schutz der Gesetze allen Staatsangehörigen in gleicher Weise zu Theil wird, nur eine „Zweckmäßigkeitsfrage“, über die man sich ebenso wenig zu ereifern brauche, wie über die andere Zweckmäßigkeitsfrage, ob Religion Privatsache sein soll.

Gänzlich orakelhaft verhält er sich gegenüber der Forderung der gleichen und allgemeinen Volkserziehung durch den Staat. „Spezifisch socialdemokratisch“ sei derselbe, sagt er — weiter nichts. Da wir uns nun nicht als Gedankenleser aufspielen wollen, lassen auch wir es bei diesem Orakelspruch bewenden.

Nachdem er alsdann noch die „Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe“ als für das socialdemokratische

Programm nicht mehr in Betracht kommend, kurz erwähnt, druckt er als den eigentlichen Gegenstand seiner scharfrichterlichen Kritik folgende Sätze des Programms wortgetreu ab:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums un aller Cultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Zwischen dem letztvorstehenden Abschnitte und den vorhergehenden schiebt Herr Richter ein paar Worte ein, die auf sachkundige Leser einen ganz seltsamen Eindruck machen müssen.

Diese Worte lauten:

„Lediglich Phrase ist noch folgender Satz:"

Der Satz nämlich, dessen Beherzigung und praktische Bethätigung innerhalb einer wunderbar kurzen Frist bewirkt hat, daß die deutsche Socialdemokratie Mitschöpferin und neuestens geistige Führerin einer Partei wurde, wie sie überhaupt noch nie existirt

hat, — einer in allen Hauptforderungen völlig einigen, über alle Kulturländer verbreiteten, heute schon im Mittelpunkt des gesammten politischen Interesses stehenden — Weltpartei, mit der sich an Bedeutung keine andere Partei der ganzen Weltgeschichte, selbst nicht die an Macht und Ausbreitung gewiß gewaltige Partei der römisch-katholischen Kirche messen kann. — —

Dieser Satz — — **lediglich Phrase!!!!**

Man ist unwillkürlich versucht, dem Manne, der entweder der Thatsachen oder seiner Leser so zu spotten vermag, den Fieberthermometer unter die Zunge zu schieben.

Indessen sehen wir weiter. Es folgen zunächst ein „paar kurze Bemerkungen“, angeblich nöthig zur Richtigstellung und Aufklärung über einige „theoretische Sätze“ des Programms.

Auch diese „kurzen Bemerkungen“ sind interessant und charakteristisch — für Herrn Richter.

Der Satz: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur“ ist für ihn ein Stein des Anstoßes.

Allerdings, sagt er, sei die Arbeit die Quelle alles Reichthums, — danach also haben die Socialdemokraten recht. Aber nicht jede Arbeit schafft Reichthum, — fährt er fort, das hat indeß noch kein Socialdemokrat behauptet. Fliegenfangen kann unter Umständen eine sehr sauere Arbeit sein und eine sehr nützliche obendrein, — als Reichthumsquelle kann jedoch selbst diese so nützliche Arbeit unter gewöhnlichen Umständen nicht betrachtet werden.

Mit der Behauptung, daß nicht jede Arbeit Reichthum schafft, hat Herr Richter etwas schon für den Kinderverstand Selbstverständliches gesagt.

Und wenn er einige Zeilen darauf hinzufügt, daß die Arbeit nicht allein die Quelle alles Reichthums ist, so kaut er damit gleichfalls etwas jedem Socialdemokraten Bekanntes und Selbstverständliches wieder.

Der Mann, dem die Welt die modern wissenschaftliche Grundlage des Socialismus verdankt, Karl Marx, hat sich über diese Frage doch wohl mit genügender Klarheit ausgesprochen, als er schrieb:

„Arbeit ist nicht die einzige Quelle der von ihr produzirten Gebrauchs-Werthe, des stofflichen Reichthums. Die Arbeit ist sein Vater, wie William Petty sagt, und die Erde seine Mutter.“

Herr Richter hat aber noch einen Vater des Reichthums entdeckt, — einen echt menschlichen, gut manchesterlichen Vater: den Unternehmer. Dieser seiner Entdeckung ging der schlaue Gedanke voraus, — der, nebenbei gesagt, die Art, wie sich die Denkarbeit in Richters Hirn vollzieht, trefflich charakterisirt —

daß keine Arbeit was nützen kann, erstens wenn sie nicht unternommen wird, zweitens wenn sie „ungeschickt" unternommen wird. Nachdem Herr Richter sich diesen Gedanken in seinen beiden wichtigen Theilen klar gemacht hatte, arbeitete sein Hirn weiter.

Er sagte sich: wenn Arbeit allein nicht genügt, Reichthum zu schaffen, und wenn die Arbeit auch ganz unbedingt unternommen und zwar gar „geschickt" unternommen werden soll, so gilt offenbar die alte Weisheitsregel: Einer kann das nicht allein, 's müssen immer zweie sein.

Auf diese manchesterlich wissenschaftliche Art trat für Herrn Richter sofort bei der Arbeit — auch bei der allereinfachsten schon — die Nothwendigkeit der Arbeitstheilung hervor: ein Mensch muß da sein, der die Arbeit unternimmt, und ein zweiter, der sie ausführt.

Für den Gedanken, daß am Ende der oder die Arbeiter auch der oder die Unternehmer ihrer eigenen Arbeit sein könnten und vernünftiger Weise sein sollten, — hat sich also das Gehirn des Herrn Richter als etwas zu complicirt erwiesen.

Wenn er nun gar noch hinzufügt, daß menschliche Thätigkeit ohne „Wirksamkeit der Naturkräfte und Arbeitsmittel" — ohne „Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe, und ohne Vorräthe, welche den Unterhalt des Arbeiters ermöglichen bis zur Herstellung neuer Produkte" erfolglos wäre, so braucht man sich diesen Satz blos in's Positive zu übersetzen, um über den — wir wollen noch hoffen: wenigstens nur zeitweiligen — Geisteszustand des Herrn Richter erschreckende Klarheit zu gewinnen.

In's vollkommen Deutliche und Unzweifelhafte übertragen lautet nämlich dieser Satz des Herrn Richter wie folgt:

Die menschliche Thätigkeit hat nur dann Erfolg, erstens, wenn sie nicht ganz ohne Unterstützung von Naturkräften, — z. B. ohne die gütige Mitwirkung der Schwerkraft unseres Sonnensystems — geübt wird; zweitens wenn sie mit irgend welchen Werkzeugen an irgend welchen Rohstoffen und nicht etwa von einem Menschen verrichtet wird, der verhungert, ehe er mit seiner Arbeit fertig ist.

Außerordentlich bezeichnend ist, daß Herr Richter sich einbildet, mit diesem Satze ein sicheres=Fundament für den Nachweis geschaffen zu haben, daß die socialdemokratische Behauptung, wonach die Arbeitsmittel „Monopol der Kapitalistenklasse" sind, unwahr sei!

Alle Arbeiter, meint er, brauchen zur Arbeit alles Mögliche — vom Sonnenlicht angefangen bis zum kleinsten Nagel und bis zum täglichen Brod; — die Arbeitsmittel „nennt man Kapital". Da nun kaum ein Mensch gefunden wird, der weder einen Nagel noch ein Stückchen Brod sein eigen nennt, so sind die Menschen

im Grunde alle Kapitalisten. Und da ferner nun sehr wenige jetzt vorzugsweise sogenannte Kapitalisten zu finden sind, die nicht auch irgend einmal irgend eine Arbeit verrichteten, so besteht auch noch nach dieser Richtung hin allen socialdemokratischen „Uebertreibungen" zum Trotz die schönste Harmonie: alle Menschen sind Arbeiter.

Schade nur, daß Herr Richter, wo er sich aus dem dunkelblauen Himmel seiner Socialmetaphysik auf unsern realen Erdboden herabläßt, sofort ganz aus seinem himmlischen Texte geräth.

Im Richter'schen Phantasiehimmel ist zwar jeder Mensch Kapitalist und Arbeiter, — aber auf unserer Erde genügt dem einem Menschen sein Kapital nicht, — er muß sich vielmehr, damit er überhaupt durch Arbeit die Mittel zur Existenz erwerben kann, Kapital leihen; bei dem andern Menschen braucht hingegen die Arbeit nicht eben weit zu reichen, — er kann sich ja Entschädigung dafür zahlen lassen, daß er sein Kapital Anderen zu Produktionszwecken darleiht.

So passirt es denn dem Herrn Richter, daß er auf Seite 31—33 erklärt:

„Die heutige Gesellschaft scheidet sich nicht in eine Kapitalistenklasse und in eine Arbeiterklasse"; — und auf Zeile 41 und folgenden hat er dann das Pech, in seiner kindlich naiven Art auseinandersetzen zu müssen, warum und wie sich die heutige Gesellschaft doch in Kapitalisten und Arbeiter scheidet.

Daß Herrn Richter auch die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapitalisten nicht schlimmer erscheint, als die Abhängigkeit des Kapitalisten vom Arbeiter, ist — nach dem Vorhergehenden — nicht mehr so sonderbar. Die armen „abhängigen" Kapitalisten und die thörichten Arbeiter! Warum haben nur die letzteren, wenn sie unter den übertriebenen Anspannung der Profitgelüste oder unter dem Drucke politischer Beeinflussung seitens ihrer Arbeitgeber zu leiden hatten, niemals daran gedacht, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Warum haben die Arbeiter des Königs Stumm diesem noch niemals das Lesen von arbeiterfeindlichen Zeitungen untersagt; warum haben die des Kanonenkönigs Krupp diesen noch niemals genöthigt, socialdemokratische Redner zu ihrer Belehrung kommen zu lassen; warum ist es den Arbeitern selbst da, wo sie bis auf's Blut, bis zur Gefahr des Hungertodes für sich und ihre Familien darum kämpften, nie gelungen, das ökonomische Uebergewicht zu gewinnen, — weil, nun sehr einfach! weil sich die Abhängigkeit des Unternehmers von seinen Arbeitern zur Abhängigkeit der Arbeiter von ihrem Unternehmer, im allgemeinen und von Ausnahmefällen abgesehen, genau so verhält.

wie ihr — der Arbeiter — Kapital zu dem Kapital, der nach Richter, fälschlich sogenannten Kapitalisten, d. h. wie + oder — 0 zu + 1*) oder aus dem Mathematischen in's Gemeinverständliche übertragen, wie nichts, oder so gut wie nichts zu etwas, gar nicht selten: zu etwas sehr Bedeutendem.

Nach Richter wird es lediglich von der „Konjunktur" bestimmt, ob der Arbeiter vom Unternehmer oder der Unternehmer vom Arbeiter abhängt; man braucht aber von unseren ökonomischen Verhältnissen nur das A-B-C zu begreifen, um einzusehen, daß die Konjunktur allerhöchstens auf kurze Zeit das Abhängigkeitsverhältniß des Arbeiters zum Kapitalisten verschleiern kann, welches organisch aus dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise herausgewachsen ist und mit dieser steht, sowie hoffentlich in nicht allzulanger Zeit mit ihr fallen wird.

Hiermit sind wir am Schlusse des ersten Abschnitts der Richter'schen Schrift, der vom socialdemokratischen Programm handelt, angelangt.

Was wir bei unserer Betrachtung dieses Abschnitts gelernt haben, ist ausschlaggebend für die Art, wie wir des weiteren uns mit Herrn Richter und seiner Schrift zu befassen haben.

Herr Richter — das geht auf's unzweifelhafteste aus seinen eben erörterten Ausführungen hervor — verkennt die Bedeutung und Wirkungsfähigkeit so einfacher politischer und socialwirthschaftlicher Forderungen, wie es die progressive Einkommensteuer und der Normalarbeitstag sind, vollständig.

Er ist gänzlich unempfindlich für die mit Hörnern stoßenden Erfolge des internationalen Strebens der Socialdemokratie.

Er ist absolut nicht im Stande, die scharf umrissenen volkswirthschaftlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Volksklassen zu erkennen.

Die ganze ökonomische Welt steht bei ihm auf dem Kopfe und ihre Erscheinungen und Gegenstände spiegeln sich in seinem geistigen Auge in verzerrter, unnatürlich verkürzter oder verlängerter Gestalt; — was klein ist — ihm erscheint es groß; was groß ist — sieht er winzig klein.

Alle Sinne des Herrn Richter zeigen sich da, wo es gilt Fragen zu behandeln, die mit socialdemokratischen Forderungen in Verbindung stehen, einerseits komisch verwirrt, andererseits beklagenswerth abgestumpft. Nur ein Sinn erweist sich merkwürdig entwickelt, — das ist Herrn Richters sechster Sinn — der Irr-Sinn. — Er ist ein Genie, ein Genie in der Fähigkeit, sich

*) + (plus) oder — (minus) 0 (Null) zu plus 1.

ebenso in Bezug auf allereinfachste wie in Bezug auf minder einfache Dinge und Verhältnisse zu irren. Zu sehen wie das Hirn eines solchen Menschen die „Lehren der Socialdemokratie" hohlspiegelartig wiederstrahlt, ist ungemein spaßhaft. Mit derartig spaßigem Schauspiel uns lange aufzuhalten, dazu ist jedoch unsere Zeit zu ernst. Mit Herrn Richter wären wir also nach Durchsicht des ersten Abschnittes fertig, wenn er nur ein Mensch, nicht ein Typus wäre, — der Typus des mit Juristenbildung und dem höchstpotenzirten Dünkel juristischer Politiker ausgerüsteten sogenannten Freisinnigen.

Mit diesem Typus werden wir uns des weiteren auseinandersetzen. Was dieser an allgemeinen gegnerischen Einwürfen wider die Socialdemokratie vorbringt, werden wir ernsthaft und sachlich widerlegen. Wir thun das in diesem Falle um so lieber, als Herrn Richter ein Verdienst nicht abzusprechen ist, das nämlich: allen Unsinn, der gegen die socialdemokratischen Forderungen eingewendet zu werden pflegt, mit bewunderungswürdiger Sorgfalt auf die bescheidene Zahl von 14 hübsch von einander getrennten Haufen zusammengefegt zu haben. —

Und damit schreiten wir von Richters erstem Haufen zum zweiten.

II.

Wie Richter die Socialdemokratie verleumdet, die Menschheit schmäht und Bebel und Bellamy mißbraucht.

Der zweite Abschnitt behandelt „das socialdemokratische Versteckenspiel" und beginnt wie folgt:

„Als Kern des eigentlichen socialdemokratischen Programms schält sich, wenn man alle theoretischen Sätze und die bloßen Phrasen fortläßt, folgendes heraus:

„Das Arbeitsprodukt gehört der Gesammtheit. Allgemeine Arbeitspflicht nach gleichem Recht. Die Arbeitsmittel werden Eigenthum der Gesammtheit. Die gesammte Arbeit wird genossenschaftlich geregelt, mit gemeinnütziger Verwendung und Vertheilung des Arbeitsertrages. Das System der Lohnarbeit wird abgeschafft und alle sociale und politische Ungleichheit aufgehoben. Noch kürzer und deutlicher läßt sich dies Programm zusammenfassen: Verstaatlichung alles Kapitals und Verstaatlichung jeder Produktion, Regelung der Consumtion durch den Staat, gleicher Arbeitslohn für alle.

„Es ist charakteristisch, daß die Socialdemokraten bei der Darstellung des Programms gewissen Worten einen von ihrer

sonstigen Bedeutung in der deutschen Sprache ganz verschiedenen Sinn beilegen. So sprechen sie stets von Gesellschaft, Regelung durch die Gesellschaft, Arbeit durch die Gesellschaft, Gemeingut der Gesellschaft, während es überall heißen müßte Regelung durch den Staat, Arbeit durch den Staat, Eigenthum des Staates; denn überall beruht die socialdemokratische Regelung auf staatlichem Zwang. Die Gesellschaft, so weit sie durch Zwangsgewalt organisirt wird, ist eben der Staat, entweder in seiner Gesammtheit oder in seinen engeren Verbänden. Unter Gesellschaft dagegen versteht man sonst nur das Verhältniß der Menschen zu einander, soweit es auf Freiwilligkeit beruht. Ebenso wird der Ausdruck „Genossenschaft“ von der Socialdemokratie angewendet in einem dem Wort ganz fremden Sinne. Unter Genossenschaft versteht man sonst eine von den politischen Verbänden unabhängige wirthschaftliche Vereinigung, während im socialdemokratischen Sinne das Wort „Genossenschaft“ zusammenfällt mit dem politischen Verband“.

Die Socialdemokraten spielen also nach einer allerdings in neuester Zeit weit verbreiteten Behauptung Verstecken, indem sie „gewissen Worten einen von ihrer sonstigen Bedeutung in der deutschen Sprache ganz verschiedenen Sinn beilegen.“

Einer dieser angeblich mißbrauchten Ausdrücke ist das Wort „Gesellschaft.“ Immer wenn die Socialdemokraten von „Gesellschaft, Regelung durch die Gesellschaft, Arbeit durch die Gesellschaft“ reden, müßte es heißen, so behauptet Eugen Richter, und so bilden sich in der That die meisten Gegner der Socialdemokraten ein: „Regelung durch den S t a a t, Arbeit durch den Staat, Eigenthum des Staates!“ —

Komisch, urkomisch in der That! Als die Socialdemokraten ihr Programm entwarfen, haben sie sich den Kopf darüber zerbrochen, was sie wohl für Ausdrücke gebrauchen könnten, um jedes Mißverständniß nach Möglichkeit auszuschließen.

Vor allen Dingen war es ihnen darum zu thun, überall, wo es sich um Bezeichnung socialrevolutionärer Neugestaltungen handelte, diejenigen Worte, welche für bestimmte politische Einrichtungen der Gegenwart gebraucht werden, möglichst vorsichtig, am liebsten gar nich anzuwenden, damit ja nicht irgend ein Schwachkopf auf den Gedanken verfallen möchte, die Socialdemokraten wollten im Grunde ja ganz etwas dem ähnliches schaffen oder conserviren, win es heute schon besteht.

In der wohlüberlegten Absicht. Verwechslungen unmöglich zu machen, haben mithin die Schöpfer des socialdemokratischen Programms die Bezeichnung S t a a t an den Stellen derselben **nicht** gebraucht, wo sie jene Gesammtorganisation bezeichnen wollten, welcher sie in

Zukunft die endgiltige Regelung und oberste Leitung der öffentlichen Angelegenheiten anvertraut wissen wollen.

Sie wollten unter allen Umständen dem Verdacht ausweichen, als ob sie den heutigen Staat — diese über allen seinen Bürgern thronende Zwangsinstitution — in dieser seiner ihn vorzugsweise charakterisirenden Eigenthümlichkeit — erhalten wollten.

Schon das Eisenacher Programm sprach deshalb [illegible] i v Staat schlechtweg, sondern betonte ausdrücklich, daß die Socialdemokraten den freien Volksstaat erstreben.

Den Schöpfern des Gothaer Programms schien auch der Ausdruck „freier Volksstaat" noch etwas zu viel von dem Beigeschmack des Zwangsstaatlichen anzuhaften, — sie verzichteten daher überall, wo es ihnen durch den Sinn ihrer Forderungen gestattet erschien, ganz auf das Wort „Staat" und setzten an seine Stelle die Begriffsbezeichnung „Gesellschaft", und damit glaubten sie allen böswilligen oder thörichten Mißverständnissen einen ausreichend starken Riegel vorgeschoben zu haben. — Die Socialdemokraten haben jedoch ihre Gegner überschätzt. Der Unverstand solcher politischen Blinden spottet aller Schranken und Riegel.

Der Begriff „Gesellschaft" im socialdemokratischen Programm war allen ihren Feinden ein Dorn im Auge. Wenn die Socialdemokraten erklärten, sie wollten als oberste Instanz ihrer Menschengemeinschaften die „Gesellschaft" anerkannt und in vollster Freiheit und Selbstbestimmung organisirt sehen, so konnten die Herren Gegner nicht, ohne viel Hirnschmalz zu riskiren, hinzusetzen: Aha, da haben wir es ja, — die Socialdemokraten wollen nichts weiter als die, eine Art Weltzuchthaus darstellende, Zwangsgesellschaft.

Denn das Hauptwort „Gesellschaft" ist ja deutlich erkennbar verwandt mit dem Thätigkeitswort „sich gesellen" und trägt den Stempel der Freiwilligkeit zu klar ausgeprägt auf der Stirn. Der Begriff „Gesellschaft" ist von dem Begriffe des Zwanges vollkommen frei. Man kann von einer zwangsweise zu Stande gekommenen und durch Zwang zusammengehaltenen Gesellschaft nicht reden, ohne sich einer contradictio in adjecto schuldig zu machen, — eines Widersinnes, der seine Widerlegung in sich selbst tragen würde. Um sich nun nicht gar zu leicht so groben Unsinns überführen zu lassen, konnten in der Hitze des Wortgefechts bei Volksversammlungen politische Dummschlauberger wohl auf den Einfall gerathen, ein Taschenspielerkunststückchen zu probiren, indem sie mit dreister Stirn behaupteten: „Die Socialdemokraten legen den Kindern ihrer socialpolitischen Wünsche falsche Namen bei. Sie meinen den Staat und sagen Gesellschaft. Der Staat aber ist bekanntermaßen eine Zwangsinstitution. Die So=

cialdemokraten wollen also den Zwangsstaat. Der Zwangsstaat aber ist verabscheuungswerth und bedeutet krasseste Reaktion. Der Teufel hole diese verkappten Freiheitsfeinde, die Socialdemokraten."

In einer zumeist aus politisch Unerfahrenen bestehenden Volksversammlung konnte — sagen wir — ein Gegner, dem an Gehalt und Gewicht seiner Gründe garnichts, — am Knalleffekt hohler, über handgreifliche Widersprüche eiligst hinwegstolpernder Phrasendrechselei alles gelegen ist, — sich solch eine Rede leisten; — derartig plumpe Markschreierkniffe schwarz auf weiß und mit einer Attitüde auszuführen, als wenn er mindestens die Quadratur des Zirkels entdeckt hätte, das war Herrn Eugen Richter vorbehalten.

Also ihr Herren Gegner, die ihr noch hören und den Sinn unzweideutiger Worte verstehen wollt und könnt, laßt es euch gesagt sein:

Die Socialdemokraten wollen vom Staat just soweit nichts, absolut garnichts wissen, soweit er eine politische Institution ist, welche die Macht hat, ihre Bürger in Angelegenheiten, die nur irgend der freien demokratischen Entscheidung einzelner oder gewisser selbstständiger Gruppen von Staatsangehörigen überlassen werden können, Zwang oder Nöthigung widerfahren zu lassen. Die Socialdemokraten wollen auch in den allerwichtigsten Gesammtangelegenheiten niemand anderem, weder einem einzelnen Menschen noch einem die Gesammtheit repräsentirenden Collegium, in letzter Instanz unterthan sein; sie wollen alle wichtigsten Gegenstände des öffentlichen Interesses von der vollkommen freien Gesellschaft selbst entschieden wissen, — sowie es in der Glanzzeit des klassischen Griechenthums von den edelsten Geistern des höchst civilisirten Freistaates, den die Weltgeschichte kennt, Athens, erstrebt wurde und wie er den besten Männern aller Zeiten als Ideal der freien Demokratie, als menschenwürdigste Blüthe politischen Gemeinschaftslebens vorgeschwebt hat.

Sollte Herr Richter behaupten wollen, daß das auch blos Redensarten seien, deren Gehalt sich nicht greifen, wägen und prüfen lasse, so verweisen wir ihn vorläufig auf unsere Auseinandersetzungen über die weiteren Abschnitte seiner Schrift, insbesondere über seine köstlichen Ausführungen, welche „die socialdemokratische Staatsregierung" angehen.

Hinzufügen wollen wir an dieser Stelle nur noch, daß die Socialdemokraten, welche das Parteiprogramm geschaffen haben, zwar Feinde alles zwangsstaatlichen Wesens sind, aber doch keineswegs von jeglicher staatlichen Ordnung nichts wissen wollen. Ausdrücklich haben sie es ja in ihrem Programm bekundet, daß ihrer Meinung nach ihre socialistische Gesellschaft staatlicher Gestaltung

nicht entbehren könne, — denn sie erklären: Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands erstrebt den freien Staat und die socialistische Gesellschaft. Zum Ueberfluß geht auch hieraus noch auf's augenfälligste hervor, daß die Socialdemokraten nicht Staat und Gesellschaft mit einander vermengen; daß sie beide vielmehr scharf von einander unterscheiden und beiden von einander verschiedene Funktionen zuschreiben.

Ganz Aehnliches als wir hier geltend machen konnten gegenüber der Behauptung, die Socialdemokraten verwechselten das Wort „Gesellschaft" mit dem Worte „Staat", findet seine Anwendung auch auf das, was bezüglich des im socialdemokratischen Programm mit Bezug auf die „Regelung der Gesammtarbeit" gewählten Eigenschaftswortes „genossenschaftlich" gesagt ist.

Die Behauptung Richters, daß „im socialdemokratischen Sinne der Begriff „„Genossenschaft"" zusammenfällt mit dem politischen Verband, ist völlig ungerechtfertigt. Die Socialdemokraten haben sich unter den Genossenschaften, welchen sie die gesammte Waaren-Produktion überantwortet sehen möchten, stets „unabhängige wirthschaftliche Vereinigungen" gedacht, die wahrscheinlich mit anderen Genossenschaften im Gruppenverbande stehen und von den Organen des freien Staates nur — wo es sich als nöthig erweisen wird — Förderung und nicht etwa Behinderung und Beeinträchtigung erfahren sollen.

Das Verschrobene, Dunkele steckt also nicht im socialdemokratischen Programm; die Verdunkelung wird von den Gegnern künstlich erzeugt und was sie als Verschrobenheit socialdemokratischer Begriffsbezeichnung ausgeben, ist das getreue Spiegelbild ihrer eigenen Begriffsstützigkeit.

Nicht besser steht es mit den Vorwürfen, die sich gegen die angeblichen Bemühungen der Socialdemokratie „bei ihrem öffentlichen Auftreten dieses ihr Programm, den Kern ihrer Bestrebungen, so wenig wie möglich hervortreten zu lassen".

Das Merkmal dreistester Entstellung der Thatsachen trägt zunächst die Behauptung an der Stirn, die Socialdemokratie „stelle sich hauptsächlich namentlich bei Wahlen gewissermaßen als linker Flügel der freisinnigen Partei hin".

Zuvörderst wäre das der reine Selbstmord. — denn die „Freisinnige Partei" hat gerade bei den Arbeitern, auf die es doch den Socialdemokraten vorzugsweise ankommt, seit geraumer Zeit abgewirthschaftet. Außerdem aber liegt auf der Hand, daß es jedenfalls wenig oder gar keine Wahlflugblätter geben kann, die irgendwo im Namen und Auftrage der socialdemokratischen Partei sowie zur

Propaganda für diese Partei und deren Vertreter erschienen sind und die wirthschaftlichen Forderungen des Socialismus beiseite lassen. Die socialdemokratische Partei ist in genau demselben Maaße socialistisch wie demokratisch; die Hervorkehrung des socialistischen Wesens der Partei liegt somit in der Natur der Sache selbst und ist unerläßlich; daß die Betonung der demokratischen Forderungen seitens der Socialdemokratie jedoch der Partei äußerst unbequem ist, die die Demokratie von 1848 beerbt und verrathen hat, ist nur zu leicht erklärlich. Sollten wir der deutschfreisinnigen Partei unrecht thun, so braucht sie nur kurz und bündig zu erklären, ob sie royalistisch oder republikanisch gesinnt ist, — schwarzweiß oder roth, — — oder — seien wir milde: Schwarz-weiß-roth oder Schwarz-roth-gold!

Billiger können wir's wahrhaftig nicht machen!! — —

Nachdem wir an dieser Stelle gewiß einen glänzenden Beweis unseres guten Herzens gegeben haben, gehen wir zu dem betrüblichen Vorwurf über, welcher so oft der Socialdemokratie an den Kopf geschleudert wird: sie beleuchte die Uebelstände der heutigen Gesellschafts-Ordnung möglichst grell.

Zur näheren Begründung dieses Vorwurfs fährt Herr Richter fort:

„Man sucht die Grundlagen derselben darzustellen nicht als auf dem Wesen und der Natur der Menschen beruhend, sondern als auf Herrschaftsgelüsten und Böswilligkeit einer kleinen Minderheit begründet. Leidenschaften werden zu entflammen gesucht durch Erweckung von Neid, Eifersucht und Mißgunst der minder Wohlhabenden gegen die Wohlhabenderen. Was dagegen an Stelle dieser schlechten heutigen Gesellschaftsordnung treten soll, wird kaum mit einigen mehrdeutigen, wenig verständlichen Ausdrücken bezeichnet, in der Hauptsache völlig verschwiegen.“

Diese bemerkenswerthen Erscheinungen sollen in jüngster Zeit in Berliner Versammlungen und auf dem Congreß in Halle zu Tage getreten sein.

Herr Richter behauptet:

„Als nach dem 1. Oktober in einigen Berliner Versammlungen die socialdemokratischen Ziele zwischen freisinnigen und socialdemokratischen Rednern discutirt wurden, suchten die Socialdemokraten der Kritik die Spitze abzubrechen damit, daß sie sagten, es sei verfrüht, sich darüber den Kopf zu zerbrechen; ein Narr frage mehr als zehn Vernünftige beantworten können; hätten die Socialdemokraten erst die Klinke der Gesetzgebung in der Hand, dann würden sie schon ihren Gegnern zeigen, wie es gemacht werden soll. Aber was in

aller Welt kann denn Jemand veranlassen, den Socialdemokraten die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu drücken, wenn dieselben nicht den Nachweis zu führen vermögen, daß dasjenige, was sie machen wollen, besser ist und nicht weit schlechter als das Bestehende.

„Auf dem socialdemokratischen Parteitag in Halle suchte der Referent über das Partei-Programm, Herr Liebknecht, sich am 16. Oktober um den eigentlichen Kern des socialdemokratischen Programms wie folgt herumzudrücken: „Man könne von den Socialdemokraten nicht ein Bild von dem erstrebten Zukunftsstaat verlangen; denn wer wolle sagen, in welcher Weise die Technik voraussschreite und alle Schwierigkeiten, die unüberwindlich scheinen, beseitige. Zu erfahren, wie es in einem socialdemokratischen Zukunftsstaate aussehe, könne nur ein Narr verlangen. Leute, die solche Fragen stellen, nageln sich selbst an als völlig unwissende, denkunfähige Köpfe. Der jetzige Staat müsse in den Zukunftsstaat hineinwachsen. Es könne natürlich nicht nach der Analogie des Socialistengesetzes gehen, daß man dekretire, an einem bestimmten Zeitpunkt, 12 Uhr Nachts, hört die heutige Gesellschaftsordnung auf und die socialdemokratische tritt in Kraft."

Herr Eugen Richter kann seinen Herrgott danken (wenn er an einen glaubt, was allerdings sehr unwahrscheinlich ist!), daß Niemand das Recht hat, im Namen der Menschheit Injurienprozesse anzustrengen. Sonst ginge es ihm schlecht!

Die Grundlage aller Schäden und Uebelstände soll nach ihm „auf dem Wesen und der Natur der Menschen beruhen!" Das ist eine ganz ungeheuerliche und glücklicherweise vollkommen ungerechtfertigte Beschuldigung, obgleich auch diese wahnwitzige Herabsetzung und Schmähung der Menschennatur, eine Schmähung, die freilich nicht aus dem Hirn des Herrn Richter stammt und ihr Vorbild hat in der bekannten muckerfrommen Blasphemie, wonach das „Dichten und Trachten des menschlichen Herzens böse" sein soll „von Jugend auf."

Nette Kumpane sind's, zu denen sich der Herr Richter gesellt, indem er mit unglaublicher Naivetät in den Chor dieser Lästerer der Menschheit einstimmt.

Die allermeisten „Schäden und Uebelstände" früherer Gesellschaftsordnungen wurden allezeit höchst ungenirt, von denen, die sich's dabei wohl sein ließen, hergeleitet aus der Unvollkommenheit des Menschenwesens!!

Und so ziemlich alle Uebelthäter, die sich durch Volksknechtung und Ausbeutung im großen Stile einen Platz in der Weltgeschichte gesichert haben, suchten ihr eigenes Gewissen zu beschwich-

tigen und ihren Mitmenschen Sand in die Augen zu streuen mit genau derselben Schmähung der Menschennatur.

Daß die in Indien einwandernden Arier Jahrtausende hindurch die eingesessenen Dravidastämme nur tief unter sich als Paria in den thierisch-elendesten Lebensverhältnissen duldeten, daran war natürlich nicht die Herrschsucht der siegreichen Einwanderer schuld, sondern die Unvollkommenheit der Menschennatur, wie sie ihnen bei den besiegten Eingeborenen entgegentrat.

Warum war deren Haut einen Schatten dunkler, und warum standen sie in der Cultur hinter den Siegern um eine Nasenlänge zurück!! —

Daß die Dorier, als sie in langen verzweifelten Kämpfen den Peloponnes eroberten, das ritterliche Volk der Achäer zu Periöken und Heloten machten, und daß sie gerade diejenigen Feinde, die ihren Herd am tapfersten vertheidigt hatten, in die menschenunwürdige Knechtesstellung des Helotentumes hinabdrückten und darinnen viele Jahrhunderte lang ohne Gnade und Erbarmen erhielten, — das schrieben die schneidigen Spartiaten selbstverständlich auch auf das Conto der Menschennatur, wie diese sich ihnen bei den früheren Herren der herrlichen Halbinsel offenbart hatte.

Daß während des klassischen Alterthums eine winzige Minderheit bei den vornehmsten Culturvölkern im Uebermaß der Lebensgenüsse schwelgte und die sehr große Mehrheit in schauerlicher Barbarei zu himmelschreiend elendem Sklavenleben zwang, — das war auch gar nichts weiter als eine „natürliche“ Folge der Jämmerlichkeit der Menschennatur, selbstverständlich der Menschennatur der Sklaven.

Und was die Kirche sündigte die ganze lange Nacht des Mittelalters hindurch, nach dem Muster ihres „großen“ Kaiserschurken Konstantin, der sich durch Erhebung des Christenthums zur Staatsreligion die ewige Verdammniß redlich verdient hat, — was ferner die vielen Schock reichsdeutscher Landesväterchen an der bedauernswerthen Hammelheerde ihrer Unterthanen in unbarmherzigster Schererei und Schinderei leisteten, — alles, alles, hat die Menschennatur auf dem Gewissen, — die unglückselige Menschennatur der Besiegten, Unterdrückten, Geknechteten, Ausgebeuteten, Geschundenen!

Immer schieben Sie nur munter der Menschennatur alles Elend der Welt in die Schuhe, Herr Eugen Richter, Sie haben dabei selbstverständlich nicht ihre eigene vortreffliche Natur und die Ihrer Freunde und Parteigenossen im Sinne, — wir möchten sogar wetten, daß Sie im Urtheil über die Menschennatur der

großen Mehrheit aller Besitzenden echt christliche Milde walten lassen, — aber die Menschennatur der Armen und Elenden, der mit Arbeit und Noth Ueberhäuften, — das ist der Sündenbock, den Sie getrost in der Wüste Ihrer kritischen Abhandlungen umherpeitschen dürfen.

Die Anschuldigung, daß die Socialdemokraten die Leidenschaften zu entflammen suchen durch Erweckung von Neid, Eifersucht, Mißgunst ist desgleichen eine grobe Entstellung des Thatbestandes.

Die Socialdemokraten kämpfen mit allen ihren Kräften gegen Noth, Elend und Knechtung des Volkes.

Um über den Umfang, die Art und die Möglichkeit der Beseitigung des Volkselends und der Volksbedrückung Klarheit zu verbreiten, muß man sie schildern. Daß solche Schilderung die Leidenschaften der Nothleidenden und Bedrückten in Wallung bringt, ist Schuld der Verhältnisse und **nicht** Schuld derer, die sie bessern wollen.

Die deutschen Socialdemokraten zumal haben ganz im Gegentheil während der zwölfjährigen Herrschaft des Socialistengesetzes bewiesen, daß sie gerade so wie ihre Kampfgenossen in andern Culturländern, z. B. in der Schweiz, in England, in Dänemark, im Interesse ihrer guten Sache den Leidenschaften der unterdrückten und ausgebeuteten Massen den Zaum und Zügel einer fast wissenschaftlich ruhigen und leidenschaftslosen Betrachtung der socialpolitischen Verhältnisse und Einrichtungen unserer Zeit anzulegen sich unausgesetzt bemühen.

Wenn die Socialdemokraten das nicht mit zuweilen fast übermenschlicher Selbstbezwingung und Selbstverleugnung gethan hätten, dann hätten die Blut- und Eisenmenschen die frischen, fröhlichen Revolten, die sie so sehnlichst gewünscht, schon wenigstens ein Dutzendmal erlebt; in allen Ecken und Enden von Deutschland hätten die Flinten geschossen und die Säbel gehauen, daß es für die ritterlichen Freunde brillanter Kavallerieattacken und ähnlicher Scherze ein ungeheures Gaudium gewesen wäre.

Zur Abwechselung ist also wieder einmal genau das Gegentheil von dem wahr, was Sie, Herr Richter, behaupten!

Die Art, wie die Socialdemokraten auf die Leidenschaften des Volkes eingewirkt haben, straft Ihren Vorwurf Lügen. Dieselben haben sich vielmehr durch ihr unerschütterlich maßvolles Verhalten Verdienste erworben, welcher eine unparteiische Geschichtsschreibung unserer Zeit rühmlichste Anerkennung nicht versagen wird.

Nun aber weiter!

Die Socialdemokraten verschweigen eigentlich „in der Haupt-

sache völlig, was an Stelle der heutigen schlechten Gesellschafts-ordnung treten soll."

Lächerlich! Herr Richter und Genossen fragen:

„Wie wird's in Eurem Zukunftsstaate aussehen?"

Und beschweren sich bitter, wenn sie „mehrdeutige, wenig verständliche" Auskunft erhalten.

Ist das etwa ein Wunder? Kann es anders sein?

Was die Socialdemokraten verbindet und verpflichtet, ist zunächst nichts weiter, als ihr Programm.

Alle Aeußerungen, die über dieses Programm hinausgehen, würden nur persönliche Meinungen zum Ausdruck bringen, die — gleichviel ob sie an sich richtig oder unrichtig sind — für andere Socialdemokraten, als den, der sie ausgesprochen, völlig unverbindlich sind.

Richter und Konsorten irren sich also wiederum gewaltig, wenn sie sich einbilden, auch nur das mindeste Material, das sie ehrlicher und anständiger Weise gegen die Partei verwenden könnten, zu gewinnen, falls dieser oder jener Socialdemokrat ihnen den Gefallen thun würde, haarklein mitzutheilen, wie e r sich den socialdemokratischen Zukunftsstaat denkt.

Und wenn auch der angesehenste socialdemokratische Führer den fragelustigen Deutsch-Freisinnigen das Vergnügen ausführlichster Antwort bereiten sollte!

Die Socialdemokraten sind nämlich — das haben Sie, allerwerthester Demokraten-Epigone, vergessen — D e m o k r a t e n.

Wir wollen im Anschluß hieran Ihre Frage zunächst mit einer bescheidenen Gegenfrage beantworten?

Sind etwa die Deutsch-Freisinnigen im allgemeinen so folgsame und denkunfähige Kindlein, daß sie die Phrase „Eugen Richter hat's gesagt" statt überzeugenden Beweises hinnehmen?

Und was die Socialdemokraten angeht, so wissen Sie, Herr Richter, doch genug von Ferdinand Lassalle, um gestehen zu müssen, daß der noch ein ganz anderer Kerl war, als Sie? Es kann Ihnen nun gar nicht entgangen sein, daß die Socialdemokraten selbst die Schriften dieses großen Gelehrten und gewaltigen Agitators nicht wie ein Evangelium respektiren, — eines Mannes, der, — Sie erinnern sich doch? — Ihren guten Schulze so spielend leicht in den Sand streckte, wie Achill den Hektor, oder vielmehr, wie Achill es etwa mit dem Vater Priamos gethan haben würde. Sogar die Lehren dieses Schöpfers der gegenwärtigen socialdemokratischen Bewegung haben die Socialdemokraten einer gründlichen Nachprüfung unterzogen und, was davon heute von der Wissenschaft überholt ist, haben sie kaltblütig über

Bord geworfen, wie es Lassalle selbst über Bord geworfen haben würde.

Im übrigen spricht es für die kluge Vorsicht und Parteidisziplin, welche die socialdemokratischen Redner beseelt, daß sie nicht ohne weiteres auf solche Fragen redselige Antwort ertheilen. Es besteht ja doch kein Zweifel, daß alles, was gesagt worden wäre, von Ihnen und Ihresgleichen nicht als Privatmeinung dieses oder jenes Socialdemokraten, sondern als Parteianschauung kolportirt werden würde.

Da kein Mensch sich einbilden kann, daß bei ihm die Möglichkeit des Irrthums ausgeschlossen wäre, haben die Gefragten auf eingehende Ausführungen verzichtet, um in einer anscheinend so wichtigen und schwierigen Angelegenheit die Partei auch in den Augen thörichter und unlohaler Gegner nicht mit dem leisesten Irrthum zu kompromittiren.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die zwölfjährige Dauer des Socialistengesetzes die Socialdemokraten am Meinungsaustausch ebenso sehr gehindert hat, wie am Ausbau ihrer socialpolitischen Forderungen.

Wohl hat sich seit langem in der ganzen Partei das Bedürfniß fühlbar gemacht, dem Parteiprogramm eine Fassung zu geben, welche noch in höherem Grade den Fortschritten der modernen Gesellschaftswissenschaft entspricht, als dies bei dem Gothaer Programm der Fall ist.

Diesem Bedürfniß gerecht zu werden, war den Socialdemokraten jedoch unmöglich, so lange ihre Presse geknebelt und für sie das Versammlungs- und Vereinsrecht aufgehoben war.

Und jetzt, nach Aufhebung des Socialistengesetzes konnte unmöglich in einem oder wenigen Monaten nachgeholt werden, was in 12 langen Jahren versäumt werden mußte. Jetzt gilt es, den offenen und rückhaltlosen Meinungsaustausch in den socialdemokratischen Versammlungen, Zeitungen und Schriften erst wieder in Gang zu bringen, und dabei allgemach Klarheit zu gewinnen, nach welcher Richtung eine Ergänzung oder Aenderung des Parteiprogramms am besten zu geschehen haben wird.

Das zukünftige Parteiprogramm mag indeß ausfallen wie es will, — ein Bild vom Zukunftsstaat etwa nach Art der niederländischen Malerschule, — wie es Herr Richter und Genossen gern hingepinselt haben möchte, wird es gleichfalls nicht enthalten.

Liebknecht hat vollkommen recht, daß auch er die Versuchung auf das entschiedenste von sich weist, den socialdemokratischen Zukunftsstaat schon jetzt mit kühnen Strichen zu zeichnen.

Das nächste Parteiprogramm wird möglicher Weise einen Grundriß dieses Zukunftsstaates entwerfen; und das könnte Liebknecht heute schon, und Bebel hat es sogar in manchen wesentlichen Punkten bereits gethan.

Diese von erfahrenen und auf der Höhe unserer Socialwissenschaften stehenden socialdemokratischen Führern gezeichneten Grundzüge werden auch sicherlich in der Hauptsache mit dem übereinstimmen, was vom wissenschaftlich socialistischen und wahrhaft demokratischen Standpunkt aus erstrebt werden muß. In den Details aber, gerade in jenen Einzelheiten, über welche Leute wie Eugen Richter mit aller Gewalt Auskunft haben wollen, würden sicherlich, ja müßten sogar, die verschiedenen Gefragten, individueller Anlage und Neigung entsprechend, verschiedener Ansicht sein.

Welch' willkommenen Stoff böten solche Meinungsverschiedenheiten, die an sich für die Strebensrichtung und die praktischen Erfolge der Socialdemokratie ganz ohne allen Belang wären, für illoyale Feinde, und wie würden sie gegen die gesammte Partei in unanständigster Weise ausgebeutet werden!!

Ein vortreffliches Beispiel, wie sie persönliche Meinungsäußerungen wider die Partei auszunützen sich bemühen, haben die Feinde der Socialdemokratie von Puttkamer bis Richter mit charakteristischer Einhelligkeit geliefert durch die Art, wie sie Bebels Buch über „Die Frau in der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft“ gewissermaßen zur Bibel der socialdemokratischen Partei zu stempeln sich die entsetzlichste Mühe gaben.

Daß Bebel von vornherein gegen solche Konfusion seiner persönlichen Anschauungen mit den von der ganzen Partei anerkannten und gebilligten Ansichten ausdrücklich und energisch Verwahrung eingelegt hat, genirt natürlich solch' einen Gegner, wie es Herr Richter ist, nicht im mindesten.

In demselben Abschnitte seines Buches, dem die oben von uns citirten Sätze angehören, kennzeichnet er das, was er zu leisten beabsichtigt, mit folgenden Worten:

„Es kommt für uns hier lediglich darauf an, dasjenige klar zu stellen, was die Socialdemokraten in logischer Folge ihres eigenen anerkannten Programms wollen und anstreben müssen. Es handelt sich also bei unseren Auslegungen immer noch um die denkbar vernünftigste Formulirung des socialdemokratischen Prinzips, um die logisch strengsten Folgerungen aus den eigenen positiven Hauptsätzen der Socialdemokratie. Jeder denkfähige Mensch vermag dieser Darstellung zu folgen, aber nicht

jeder, der fähig ist, zu denken, hat auch den Willen, zu denken; er wiegt sich lieber in Träumereien und Phantastereien. Auf solche Träumer und Phantasten spekulirt die Socialdemokratie, und deßhalb ist es ihr in der Seele verhaßt, sich beim Worte genommen und zu logischen Darlegungen gezwungen zu sehen. Aber es wird ihr alles nichts helfen, sie wird Rede stehen müssen, oder sie muß den ersten Theil ihres Programms aufgeben".

Und ohne jede Zwischenbemerkun , ohne die geringste Notiz von Bebels obenerwähnter, in der Vorrede zu seinem Buche niedergelegten Verwahrung zu nehmen, fährt er fort:

„Um dabei allen Einwendungen möglichst zu begegnen, halten wir uns, außer an das Programm selbst, vorzugsweise an dasjenige, was Bebel, namentlich in seinem Buche über: „Die Frau in der Gegenwart, Zukunft und Vergangenheit" über den socialdemokratischen Zukunftsstaat enthüllt hat. Das Buch ist zuerst 1883 in Zürich in der Druckerei der Partei erschienen und dann gleich nach seinem Erscheinen in Deutschland verboten worden; infolgedessen ist es weniger bekannt geworden. Bebel darf mit Recht als der erste Führer der socialdemokratischen Partei angesehen werden. Seine Ausführungen befinden sich auch in der Hauptsache überall im Einklange mit den gelegentlichen Darlegungen andrer Socialistenführer über den Zukunftsstaat in Reden und Broschüren."

Weshalb sich Herr Richter nicht blos an das socialdemokratische Programm hält, liegt auf der Hand. Das socialdemokratische Programm ist zu klar, zu einfach und in allem Wesentlichen auch für den mindergeschulten Verstand und die weniger bewegliche Phantasie derjenigen Leute aus dem Volke, auf welche die freisinnige Partei ihren Einfluß behaupten möchte, viel zu einleuchtend und zweifelfrei.

Bebel aber beschränkt sich in seinem Buche nicht auf die nothwendigsten Grundzüge, — ihm war es gerade darum zu thun, in vielen Beziehungen eingehendere Auskunft darüber zu geben, wie aus dem Boden seiner socialdemokratischen Lebensanschauung emporgewachsene socialpolitische Verhältnisse beschaffen sein können.

In hunderten von Volksversammlungen und in noch viel mehr Anfragen und Zuschriften wird Bebel dazu immer wieder angeregt und darum angegangen worden sein. Es beweist sein Vertrauen auf die gute Sache, die er zu vertreten sich bewußt ist, daß er ohne Rückhalt Socialgestaltungen gekennzeichnet hat, die für andere Augen noch der dichte Schleier einer ungewissen Zukunft verhüllt.

Daß Bebel's Darlegungen in weiten Kreisen hohes Interesse

erregt und Propaganda für die socialdemokratischen Gedanken gemacht haben, beweist der sehr große Absatz, den sein Buch selbst unter dem Banne des Socialistengesetz gefunden hat. Und daß es auch in Zukunft ehrenvolle Beachtung bei allen denen finden wird, die eine gründliche Besserung unserer in Grund und Boden hinein verdorbenen politischen und wirthschaftlichen Zustände erstreben, ist sicher.

Eine socialdemokratische Bibel ist das Buch jedoch nicht. Als ein Schriftwerk, an dessen Gedanken, Worten und Buchstaben nicht gerüttelt werden darf, werden gerade die Socialdemokraten irgend ein Buch — mag es von wem immer geschrieben sein, — nicht anerkennen. Und kein Führer der Socialdemokraten wird das verlangen, keiner würde es dulden.

In einer solchen weit in die Zukunft hinausschauenden und bauenden Arbeit wird und muß sich manches — je umfassender sie ist, desto mehr — finden, dessen Bedeutung, dessen wahres Wesen und Möglichkeit über die Urtheilsfähigkeit minder scharfsinniger Leser hinausgeht oder die Grenzen des Vorstellungsvermögens phantasieschwächerer Menschen überschreitet.

Daher bietet ein solches Werk bequem Angriffspunkte für jede Kritik und für den unfähigsten und unehrlichsten Kritiker am meisten.

Und deshalb ist es nur zu erklärlich, daß Herr Richter sich nicht enthalten konnte, da wo er das Programm der socialdemokratischen Partei kritisiren wollte, auch auf das Buch Bebels zurückzugreifen, um dem leichtgläubigen und nicht sonderlich gescheiten Leserkreise gegenüber, mit dem er zu rechnen gewöhnt ist, noch ein wenig leichteres Spiel zu haben.

Aber auch die Ausführungen des Bebel'schen Buches müssen Herrn Richter noch lange nicht hinreichend schwer begreiflich erschienen sein und lange nicht genügend bequemen Stoff zu seiner Widerlegung, die er doch nach Möglichkeit mit dem Schein leidlicher Begründung ausstatten wollte, geboten haben.

Deshalb zog er auch noch einen Roman, ein Produkt keckster Dichterphantasie an den Haaren herbei — und zwar den Roman des Amerikaners Bellamy, der gar nicht zur socialdemokratischen Partei gehört und mit der deutschen Socialdemokratie in gar keinen Beziehungen steht.

Bequemer konnte sich der naive Herr Richter nun allerdings seine Enthüllung angeblich socialdemokratischer Irrlehren nicht machen; schonungsloser konnte er aber auch nicht die Leichtfertigkeit seiner Kritisirerei enthüllen.

„Die Socialdemokraten“, meint er, „lassen diesen Roman für sich Propaganda machen.“ Und dann fährt er fort: „In dem

Roman werden die Eindrücke geschildert, die ein im Jahre 1887 in magnetischem Schlaf versenkter Bostoner im Jahre 2000 von dem inzwischen hergestellten socialdemokratischen Staat empfängt, nachdem er in seinem 1887 verschütteten unterirdischen Gemach wieder aufgefunden und in das Leben zurückgerufen worden ist. Die Schilderungen der socialdemokratischen Einrichtungen in Boston sind recht anschaulich und werden in unterhaltender Form mit einem Roman verschlungen, den der in das Jahr 2000 versch[illegible]ene Julian West mit einer Urenkelin seiner Braut aus dem Jahre 1887 anknüpft."

Daß dieser Roman in kurzer Zeit in Amerika und auch in Deutschland ungewöhnlich weite Verbreitung gefunden hat, zeigt wie außerordentlich sich das Publikum für ähnliche Schilderungen, wie sie der Roman enthält, interessirt. Der Roman Bellamy's vertritt den Gedanken, daß die heutigen socialpolitischen Zustände unhaltbar sind und in socialistischem Sinne geändert werden müssen, ebenso entschieden, wie es die Socialdemokratie thut. Er macht seine Leser vertraut mit Zuständen, wie sie sich etwa auf dem Boden socialistischer Wirthschaftsverhältnisse entwickeln könnten. So erweckt dieser Roman in der That Sympathieen für die socialistische Anschauungsweise der bestehenden immer unerträglicher werdenden ökonomischen Verhältnisse. Er arbeitet also der Socialdemokratie vor, um so mehr als er in Kreise dringt, welche für die socialdemokratische Propaganda sonst nicht so leicht zugänglich sind. Insbesondere kommen Romane bekanntlich auch weit eher in Frauenhände und werden überhaupt von Leuten, die zum Durchstudiren ernster, streng sachlicher politischer Schriften entweder nicht genügend Zeit oder Neigung haben, viel eher gelesen und beherzigt.

Die Socialdemokraten können demnach annehmen, daß Leute, welche Bellamy's Roman gelesen haben, Neigung verspüren werden, sich mit socialpolitischen Problemen zu befassen. Ob solche Leute dabei auch mancherlei Unzutreffendes und mit dem Programm der socialdemokratischen Partei keineswegs Uebereinstimmendes mit in den Kauf nehmen, ist ganz gleichgiltig. Sobald sich dieselben, durch den Roman dazu veranlaßt, der Partei nähern, wird sich Gelegenheit genug bieten, aus ihrer Gedankenwelt alles das zu bannen, was mit den streng socialdemokratischen Forderungen nicht übereinstimmt oder sich in der Wirklichkeit nicht praktisch durchführen lassen sollte.

Wenn nun aber auch die deutschen Socialdemokraten gegen eine recht weite Verbreitung von Bellamy's Roman nicht das mindeste einzuwenden haben, so sind sie doch weit davon entfernt,

irgend welche Verantwortlichkeit für Bellamy's kühn und leicht hingeworfenes Zukunftsgemälde auf sich zu nehmen.

Herr Richter schießt also neben die Scheibe, wenn er die Socialdemokratie treffen will und auf Bellamy zielt.

Und nun können wir zu dem Kern der angeblich social-demokratischen Irrlehren übergehen, welche Herr Richter als solche nachgewiesen zu haben sich einbildet.

III.

Die Stellung der Socialdemokratie zu den Wenigbemittelten. Maßregeln zur Ueberleitung der kapitalistischen in die socialistische Wirthschaft.

Zunächst handelt es sich um die Confiskation des Privat-Vermögens, ohne welche sich Herr Richter und mit ihm so ziemlich alle Gegner der Socialdemokratie eine Begründung demokratisch-socialistischer Wirthschaftsverhältnisse absolut nicht denken können. Sie gehen dabei von dem aus, was sie mit Recht als den Kernpunkt des socialdemokratischen Programms bezeichnen. Derselbe besteht in der Forderung, daß alle Arbeitsmittel Gemeingut der Gesellschaft werden sollen. Daß Herr Richter wieder Gesellschaft mit Staatsgewalt für gleichbedeutend erachtet, ist ein neuer Beweis der in seinem Gehirn herrschenden Confusion. An dieser Stelle nochmals hierauf einzugehen, ist unnöthig.

„Was sind Arbeitsmittel"? fragt Herr Richter. Und er beantwortet sich diese Frage selber wie folgt:

„Bebel erläutert in seinem Buch über die „Frau" Seite 148 dies dahin, daß Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge, Verkehrsmittel und Nahrungsmittel durch eine große Confiskation in Staatseigenthum verwandelt werden sollen."

Das Wort „große Confiskation" ist in der That ganz dazu angethan, für alle Besitzenden die Parole des blassen Schreckens vor der Socialdemokratie zu werden.

Zur gründlichen Ausnützung dieser in dem Ausdrucke „große Confiskation" steckenden Kraft, Entsetzen zu erregen, ist, wie die Herren Gegner längst erkannt haben, zweierlei nöthig.

Einmal muß das, was die Socialdemokraten zu Gemein-eigenthum machen wollen, zum wichtigsten, weit überwiegenden Bestandtheile — womöglich zum Ein und Alles — des Eigenthums überhaupt aufgebauscht und das, was sie im Privateigenthum zu belassen gedenken, möglichst unerheblich und nebensächlich — kaum der Rede werth hingestellt werden. Zum Anderen muß der

Schein erweckt werden, als ob die große Mehrheit der Bevölkerung heutzutage allen socialdemokratischen Behauptungen zum Trotz aus Besitzenden, wenn auch Kleinbesitzenden bestände, also aus Leuten, welche bei der Einführung socialdemokratischer Wirthschaftseinrichtungen nicht nur nichts profitiren, sondern durch die „große Confiskation" das letzte Bischen mühsam errungenes Eigenthum total einbüßen würden.

Nach beiden Richtungen hat sich Herr Richter die lobenswertheste Mühe gegeben und sich — ganz ernsthaft gesprochen — unseren lebhaftesten Dank damit verdient, daß er alles, was an zu diesen Zwecken verwerthbarem Material aufzutreiben war, auf seinen dritten großen Haufen zusammengekehrt hat.

Er predigt also:

„Freilich leugnen die Socialdemokraten auf scharfe Fragen oft, daß sie das Privateigenthum aufheben wollen. Was aber wollen sie denn eigentlich dem privaten Eigenthum hiernach belassen? Mit dem Grund und Boden fällt doch auch das Privateigenthum an den Häusern. Auch das Vieh gehört zu den Produktionsmitteln, welche zu verstaatlichen sind. Ebenfalls wollen die Socialdemokraten alle Forderungen an Grund und Boden und an den Staat, überhaupt alle Schuldforderungen auslöschen. Auch das Eigenthum an sogenannten Effekten, Sparkasseneinlagen wird aufgehoben. Ueber alle Schuldforderungen fährt ein großer Schwamm hinweg, insbesondere auch über die Staatsschulden. Als Gegenstand eines Privateigenthums könnte deshalb in der socialdemokratischen Weltordnung nur das Hausgeräth in Frage kommen. Bebel schreibt ausdrücklich, daß es in der neuen Gesellschaft nichts zu vererben gebe, es sei denn, daß man etwa das Hausgeräth als besonders wichtiges Erbtheil ansehe. Indessen soll sich nach der socialdemokratischen Welt-Ordnung das Hausgeräth auch erheblich vereinfachen, da, wie Bebel ausführt, Centralnahrungs-Bereitungsanstalten, Centralreinigungsanstalten, Centralanstalten für Beleuchtung und Heizung u. s. w. an Stelle der entsprechenden Besorgung in den Privathaushaltungen treten werden. Von der allgemeinen Confiskation wird also nach Bebel höchstens verschont werden dasjenige Hausgeräth, welches beispielsweise der Einzelne auch in einem Hôtel garni oder einem Chambre garni für sein Zimmer in Anspruch nehmen muß. Dazu käme dann das Eigenthum an der eigenen Bekleidung und den täglichen Verpflegungsportionen nach der Ausgabe und vor dem Verzehr derselben (ähnlich wie auch der Soldat in der Kaserne in seinem besonderen Schränkchen sich eine Wurst aufsparen kann).

„Schon die Programmforderung der socialen Gleichheit verbietet, daß auch nur das lediglich der Consumtion dienende Privatvermögen über das nothwendigste Geräth für die Schlafstelle einer einzelnen Person hinausgehen darf. Denn wie Bebel Seite 186 ausführt, soll „das häusliche Leben sich auf das Nothwendigste beschränken." Hausgeräth für Kinder und Dienstboten kann auch nicht in Betracht kommen, da die Kinder in Staatsanstalten erzogen werden und Dienstboten es nicht mehr geben wird, wie wir demnächst ausführen werden."

Demnach wären die Socialdemokraten in Wahrheit ganz abscheuliche Kerle! Wenn sie „scharf" gefragt werden, sind sie jämmerlich genug zu leugnen, daß sie das Privateigenthum aufheben wollen, trotzdem aber wollen sie Alles, oder doch so gut wie Alles, woran heut das Herz der Menschen hängt und wonach fast alle zeitlebens sich sehnen, sich mühen und plagen, „konfisciren", — d. h. in unverblümtem Deutsch rauben.

Wie streben doch die allermeisten Menschen danach, Haus- oder gar Gutsbesitzer zu werden! Hausbesitzer und Gutsbesitzer gibt's aber im socialdemokratischen Zukunftsstaate nicht.

Selbst das Vieh — sogar die bekannte letzte Kuh im Stalle, an der das gute Herz aller nichtsacialdemokratischen Volksfreunde mit rührendster Innigkeit hängt — gehört zu den Produktionsmitteln; das schinkenproduzirende Schwein, die eierlegende Henne, lieber Herr Richter, desgleichen! — Alles wird confiscirt!

Aber das ist noch lange nicht Alles. Das Schlimmste kommt noch. In Herrn Richter's geistigem Auge ist bereits der große Schwamm zu unheimlichem Leben erwacht, mit dem die Socialdemokratie alle Schuldforderungen unbarmherzig vernichten wird.

Man denke sich und schaudere: Keine Hypotheken mehr, keine Staatsschuldscheine, selbst das feinste Spielpapier unserer Fondsbörsen mit all den brillanten Zinsen, Dividenden und Kursdifferenzprofiten, ebenso wie der unschuldigste, zinsloseste Schuldschein —, für all diese schönen Dinge, bei deren Gewinn das Herz der keuschesten Jungfrau nicht minder wie das hartgesottene Gemüth des wucherischen Geizkragens in Wonne erbebt, — für alle diese herrlichen Sachen ertönt im socialdemokratischen Staate das furchtbare Wort der Vernichtung mit Stumpf und Stiel: Schwamm drüber.

Wir warten angesichts dieser zerschmetternden Enthüllung wahrhaft scheußlicher socialdemokratischer Zukunftspläne Herrn Richter und Genossen zuvörderst wieder mit einer schüchternen Frage auf. Dieselbe lautet:

Was gefällt Ihnen, lieber Herr Richter, denn eigentlich so

ganz ungeheuer an Haus und Hof, Hypotheken, Werthpapieren, Schuldscheinen, an Ochse und Kuh, Henne und Schwein? — Hat dieser Theil des gegenwärtigen Privateigenthums etwa für Sie einen Affektionswerth — lieben Sie etwa die Steine und Balken, den Erdboden, das bedruckte Lumpenpapier und das liebe Groß- und Kleinvieh u. s. w. — lieben Sie all das etwa um seiner selbst willen?

Nicht wahr — das fällt Ihnen gar nicht ein. Und wenn Sie vielleicht auch als kleiner Knabe eine herzinnige Neigung zu der braven Kuh empfunden haben sollten, der Sie Ihr Hauptnahrungsmittel verdankten, — so kommt doch bei Ihnen und, mit verschwindenden Ausnahmen, bei allen anderen Menschen das Gefühl entweder überhaupt gar nicht, oder in bestimmten unbedeutenden Theilen Ihres Eigenthums und auch dann noch nur völlig nebensächlich in Frage.

Das aber, was alle die von Ihnen angeführten Hauptstücke des gegenwärtigen Privateigenthums werthvoll erscheinen läßt, was die Menschen heut antreibt, um die Erringung von Privateigenthum sich oft aufs verzweifeltste abzuquälen, — Alles was heute das Eigenthum zum Gegenstande häßlichen Neides und wüthender Concurrenz, ja nur zu oft zur Ursache von Mord und Todschlag macht, ist die von den heutigen Wirthschaftsverhältnissen bedingte Eigenschaft solchen Privateigenthums, die von all den schaden- und vernichtungdrohenden Uebelständen unseres Wirthschafts- und Staatslebens bedrohte Existenz der Menschen zu sichern.

Das Privateigenthum ist unter den gegebenen Verhältnissen allerdings das vornehmste Mittel zur Gewährleistung der Existenz. Und je größer das Privateigenthum eines Menschen ist, desto *mehr* ist seine Existenz gesichert, — schade nur, daß auch das allergrößte Privateigenthum, selbst das der Milliardäre, unter widrigen Umständen zur Existenzsicherung nicht ausreicht.

Der bestsituirte Rittergutsbesitzer kann durch Ueberschwemmung und Mißernten an den Abgrund der Subhastation gedrängt, der solideste Fabrikant durch übermächtige Concurrenz ruinirt, der steinreichste Bankier durch die so wohlbekannten ungünstigen Conjunkturen — oft wie mit einem Schlage — um all' sein Hab' und Gut gebracht werden.

Unsere Tage haben mit dem Geschick der finanzfürstlichen Weltfirma Baring Brothers in London ein ungemein lehrreiches Beispiel statuirt. Und selbst die europäischen Börsenkaiser — die Rothschilds — sind durch den Kupferringkrach an den gar sehr leicht möglichen Wechsel alles Irdischen erinnert worden, — wenn auch

diesmal noch der für börsenköniglichen Mammuthmammon denn doch gar zu weichherzige bourgeoisrepublikanische Staatsanwalt an ihnen mit krampfig zugedrückten Augen vorübergegangen ist.

Also, das gesammte Privateigenthum trotz all seiner Mannigfaltigkeit und stellenweise colossalen Aufhäufung, in allen seinen Stücken, sowohl zusammengenommen als einzeln betrachtet, ist ein durchaus unzureichendes Mittel zur Sicherung seines hauptsächlichen, ja sogar in Wahrheit einzigen Zweckes, — es ist der bei den verschiedensten, sehr häufig vorkommenden Gelegenheiten im Stiche lassende Nothbehelf der in allen wichtigeren Dingen rath- und hilflosen Privatkapitalistenwirthschaft.

Im socialistischen Staat nun, oder vielmehr richtiger in der socialistischen Gesellschaft, deren vornehmste Aufgabe es ist, die Existenz jeder einzelnen ihr angehörigen Person von der Wiege bis zur Bahre zu gewährleisten, verlieren Haus und Hof, Feld und Wald, Knecht, Magd, Vieh und alles, was heutzutage der Mensch mit Vorliebe und Stolz „sein" Eigentum nennt, den hauptsächlichen, bei Licht betrachtet, einzigen Werth, der im Privateigenthum steckt. — Diese Gegenstände zur Sicherung der Existenz sind alsdann nichts weiter, als ganz unnützer Ballast, den jeder vernünftige Mensch, sobald als nur möglich, über Bord werfen wird.

Dagegen gewinnt der von Herrn Richter über die Achsel angesehene Hausrath, mit dem man sich ganz ohne Zwang und ängstliche Einschränkung nach seinen persönlichen Neigungen und seiner Bequemlichkeit ein gemüthliches Heim wird einrichten können, einen erhöhten Werth; deßgleichen die Kleidung, die kleinen Geschenke von lieben Personen, Andenken an sie und desgleichen mehr. — All' das wird vollauf ausreichen, das von allen Schlacken eigensüchtiger, bourgeoiskapitalistischer Bestrebungen und Gelüste gereinigte Bedürfniß nach Privateigenthum zu befriedigen.

Wie sich also einerseits die vernichtende Gefahr des socialistischen Eigentumraubes bei näherer Betrachtung als eitel Dunst erweist, so enthüllt sich andererseits die Richter'sche Behauptung, „die Programmforderung der socialen Gleichheit verbiete, daß auch nur das lediglich der Consumtion dienende Privatvermögen über das nöthigste Hausgeräth für die Schlafstelle einer einzelnen Person hinausgehen darf," — als lächerlichste Uebertreibung.

Die sociale Gleichheit würde weder dann irgendwie gestört, wenn sich Herr Richter 10 Schnupftabakdosen zulegte, noch wenn ein Liebhaber des Reitsports sich ein halbes Dutzend Reitpferde kaufte. Herr Richter muß wissen, mit welchem Nachdruck von socialdemokratischer Seite stets hervorgehoben wird, daß nur alles

das dem Bereiche des Privateigenthums entzogen werden soll, was geeignet ist, irgendwelche Art von Kapitalherrschaft Begüterter über Bedürftige mit dem Gefolge der kapitalistischen Ausbeutung der Bedürftigen durch die Begüterten zu begründen.

Hierbei fällt aber noch eins zu Gunsten socialdemokratischer Gestaltung des Völkergemeinlebens schwer in's Gewicht.

Die Bedürftigen werden in der socialdemokratischen Gesellschaft, wenn nicht ganz verschwunden, so doch sehr selten geworden sein. Die Einrichtungen der socialdemokratischen Gesellschaft lassen von den Gründen der Hilfsbedürftigkeit nur auf Conto der Selbstverschuldung zu setzende und unausrottbare Faulheit und die unsinnige Vergeudung der Unterhaltsmittel übrig.

Die Kapitalisten von heute gewähren Hilfsbedürftigen ihren Beistand nur gegen doppelte und dreifache Entschädigung durch Arbeitsleistung. Die unverbesserlichen Faulpelze vegetiren heutzutage höchstens von erbärmlicher Bettelei oder von gemeiner Gaunerei und Diebstahl.

Der Kapitalist mag selbst noch so große Vorliebe für die Faulheit empfinden, — er beschränkt seine Neigung jedenfalls aber auf die Sache; die Faulen liebt er höchstens, wenn sie gute Freunde und Kapitalgenossen sind; proletarische Nichtsthuer erscheinen seinem sittlichen Bewußtsein als Faulthiere, vor deren unsauberer Berührung er, soweit er nur kann, sein tugendstolzes Kapital väterlich zu bewahren pflegt. Nur in einer Beziehung ist der Kapitalist, wie er heute das Parquet der Börse, des — natürlich höheren — Bordells, sowie den ersten Rang der Theater und Cirkusse ziert, sehr geneigt, eine, ja sogar möglichst viele Ausnahmen zu machen, wenn es sich nämlich um Freundinnen handelt, oder um solche, die zur Freundschaft sich verführen lassen. Derartige Menschenwesen können bettelarm sein und mit dem ausgesprochensten Widerwillen gegen jegliche Arbeit behaftet, — in Bezug auf sie spielt das edle Herz kapitalistischer Löwen die schwierige Rolle eines bis in's Unendliche dehnbaren Kautschuksackes. — Das ewig Weibliche überbrückt eben auch die meeresbreite Kluft zwischen Proletar und Kapitalist, — es zieht den letzteren, mag er auch noch so goldbeschwert sein, ebenso hinab, wie hinan und rächt oft genug das gesammte Proletariat an ihm, indem es ihn mit vampirartiger Unbarmherzigkeit bis auf den letzten kapitalistischen Blutstropfen aussaugt.

Sowie sich unsere Kapitalisten, von der letzterwähnten Ausnahme abgesehen, gegen die unbemittelten Faulen verhalten, so machen sie es mit ganz demselben Recht auch mit den Verschwendern; sie überlassen dieselben, wenn sie durchaus nicht arbeiten

wollen, ihrem Schicksale, selbst auf die Gefahr hin, daß dieselben zugrunde gehen, wenn sie ihnen spärliche und entwürdigende Almosen zukommen lassen, oder ihnen, wenn die Noth die Faulheit gebrochen hat, — Arbeit geben, von deren Ertrag sie sich ihren Kapitalprofit mit bekannter Bourgeoisnoblesse abziehen.

In dieser Frage wird sich die socialistische Wirthschaft von der kapitalistischen nur dadurch unterscheiden, daß sie erstens von den Verschwendern und Faulen, wenn sie sich von der Noth gedrängt zur Arbeit entschließen, ebensowenig wie von den übrigen Arbeitern Kapitalprofit herauszuschlagen sich bemühen und daß sie zweitens Ausnahmen von der Regel, nach welcher nur, wer gearbeitet, essen soll, im Großen und Ganzen überhaupt nicht kennen wird.

Die Zahl der Bedürftigen wird demnach in der socialistischen Gesellschaft viel geringer und die etwa noch vorhandenen Bedürftigen werden offenbar für private Ausbeutung unzugänglich sein, — weil die socialistische Gesellschaft ihnen günstigere Bedingungen zum Erwerb der Unterhaltsmittel gewähren wird, als es irgend ein Privater zu thun in der Lage wäre, oder heute zu thun vermag.

In der socialistischen Gesellschaft wird daher die Gefahr, daß Gegenstände des Privateigenthums als Mittel zur Unterdrückung Unbemittelter und Hilfsbedürftiger verwendet werden, gar nicht bestehen. Es wird ohne jede Gefährdung der socialen Gleichheit dem Privatbesitz alles, was nicht als Arbeitsmittel der Gesammtheit unentbehrlich ist, überlassen werden können.

Dies dürfte, wenn nicht Herrn Richter, so doch allen denkfähigen und erkenntnißbereiten Lesern einleuchtend sein.

Die Sache steht einfach so:

Alles, woran nur immer die Angehörigen der socialistischen Gesellschaft ein privates Interesse haben sollten, werden sie zu ihrem Privateigenthum machen können; und was die socialistische Gesellschaft dem Bereich des Privateigenthums entziehen muß, alles das wird kein Mensch, welcher der Vorzüge der socialistischen Wirthschaft theilhaftig geworden, privateigenthümlich besitzen w o l l e n.

Wie steht es aber nun mit der zweiten von den oben erwähnten Behauptungen der Gegner der Socialdemokratie, wonach diese — in einer die thatsächlichsten Verhältnisse gröblich fälschenden Weise — einen sehr großen Theil aller Kleinbesitzenden unter das besitzlose Proletariat einreihen.

Herr Richter mag wiederum die Debatte eröffnen.

Er sagt:

„Die Socialdemokraten stellen es so dar, als ob nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung Privateigenthum besitze, was

über eigene Kleider und das nothwendigste Hausgeräth hinausgeht. Das Gegentheil ist die Wahrheit. Nach der amtlichen Statistik ist in der Landwirthschaft, in der Industrie und im Handel zusammengenommen schon die Zahl derjenigen Personen, welche einen selbstständigen Betrieb ausüben unter Hinzurechnung der Angehörigen nahezu eben so groß, wie die Zahl der Gehilfen und Arbeiter in der Landwirthschaft, der Industrie und dem Handel mit Hinzurechnung ihrer Angehörigen. Wer einen Betrieb selbstständig führt, hat aber auch irgend welche Arbeitsmittel, Instrumente, Werkzeuge, Maschinen, Vorräthe in Privateigenthum. Jeder dieser Selbstständigen würde also durch die socialdemokratische Expropriation geschädigt werden. Aber es wäre ein Irrthum, auch nur die unselbstständigen Gehilfen und Arbeiter als vermögenslos darzustellen. Viele derselben sind nebenbei sogar Grundeigenthümer, besitzen ein Wohnhaus und betreiben etwas Landwirthschaft. Es gibt überhaupt in Deutschland nach der Zählung von 1885 bei einer Bevölkerung von 46,840,906 Köpfen 9,999,558 Haushaltungen. Nun ergibt aber die amtliche Aufnahme von 1882, daß damals vorhanden waren landwirthschaftliche Betriebe im Umfange von weniger als ein Hektar 2,323,316, darunter 1,572,533 mit Nutzviehhaltung, und landwirthschaftliche Betriebe im Umfange von 1 bis 10 Hektaren 2,274,096. Ganz überwiegend wurden diese Betriebe von dem Eigenthümern des Bodens geführt, denn unter den Betrieben bis zu 2 Hektaren waren in Preußen nur 16 Prozent Pachtbetriebe und unter den Betrieben von 2—5 Hektaren waren sogar nur 4,51 Prozent Pachtbetriebe. Den Eigenthümern dieser Parzellen und den Kleinbauern würde die socialdemokratische Confiskation Grund und Boden, Vieh und Vorräthe ohne Entschädigung abnehmen. Es gab im Jahre 1882 981,436 Tagelöhner, welche nebenbei selbstständig einen landwirthschaftlichen Betrieb führten. Auch diese Tagelöhner würden durch die socialdemokratische Weltordnung beraubt werden. In der Industrie gibt es 1,861,502 Selbstständige für eigene Rechnung mit 4,141,347 Angehörigen. Auch gegen alle diese würde sich die socialdemokratische Confiskation richten.

Aber selbst diejenigen Gehilfen, Tagelöhner und Lohnarbeiter, welche kein eigenes Haus oder Geschäft, keine Acker- oder Gartenparzelle besitzen, sind zu einem großen Theile im Besitz von Sparkassenguthaben oder sonstigen Werthpapieren. Der Bestand an Sparkasseneinlagen in Deutschland ist auf 4—5 Milliarden zu schätzen, welche sich auf 7—8 Millionen Conten vertheilen. In Preußen kommen durchschnittlich auf die Sparkassen-

Einlage 1886 552 Mark, das ist 86,50 Mark auf den Kopf der Gesammt-Bevölkerung. Die Hälfte des Bestandes der Sparkassen war in den letzten Jahren hinzugekommen. Der bei weitem größte Theil der Sparkasseneinlagen gehört einfachen Arbeitern. Auch alle diese würden durch die socialdemokratische Confiskation beraubt werden. Milliarden von Ersparnissen der Arbeiter sind in privaten Sparkassen, z. B. bei Vorschußvereinen, Volksbanken, Consumvereinen oder in Staats- und Communalpapieren und selbst in Aktien angelegt."

Nun sind allerdings die Socialdemokraten entlarvt! Und zwar entlarvt als die dümmsten Kerle, welche Mutter Erde jemals getragen hat. Da posaunen diese Menschen in die Welt hinaus, sie wollten gar nichts weiter, als im Interesse der Besitzlosen und wenig Besitzenden die socialpolitischen Verhältnisse bessern; und womit fangen sie ihr Werk an? Damit, daß sie das Wenige dem armen Volke noch nehmen, was dasselbe sich im härtesten Kampfe um's Dasein eben noch mit Noth und Mühe zu erringen und zu erhalten vermochte.

Im Ernste gesprochen, war es uns anfangs völlig unmöglich zu glauben, daß Herr Richter wirklich von dem überzeugt sei, was er hier den Socialdemokraten in die Schuhe schiebt.

Der Unsinn ist zu groß, — für so albern kann man wohl Hinz und Kunz, einen oder allenfalls etliche Menschen, unmöglich aber eine ganze große Partei halten — — — so sagten wir uns.

Aber schon die folgenden Sätze zeigten, daß wir Herrn Richter's politische Urtheilsfähigkeit doch noch überschätzt hatten.

Er fährt nämlich fort:

„Sonderbarer Weise meint das socialistische „Hamburger Echo" in einer Polemik gegen die „Freisinnige Zeitung", daß die Sparpfennige der Arbeiter nicht verstaatlicht werden sollen, weil sie nicht zu den Produktionsmitteln gehörten. Die Spareinlagen sind bekanntlich hauptsächlich angelegt in Hypotheken und Inhaberpapieren. Die Zinsrente aber wird, wie selbst der gemäßigte Abg. Frohme ausgeführt, (siehe oben) „radikal beseitigt." Hypothekenbriefe, Inhaberpapiere und Sparkassenbücher, welche keine Zinsen mehr tragen, haben nur noch den Gebrauchswerth von Makulatur. Es ist freilich verständlich, daß die Socialdemokraten es den Millionen Besitzern von Sparkassenbüchern verheimlichen möchten, daß der socialdemokratische Staat auf Confiskation auch ihres Vermögens ausgeht."

Diese Worte sprechen für den guten Glauben des Herrn Richter. Er dachte sich die Sache so: Wenn die Socialdemo-

kraten auch behaupten, nur die Produktionsmittel verstaatlichen zu wollen, so übersehen sie, daß Hypothekenbriefe, Inhaberbriefe und Sparkassenbücher — diese Anlagepapiere für die Nothgroschen „kleiner Leute“ — Zinsen tragen, ebenso wie sie bekanntlich auch die Zahl und Bedeutung der ländlichen Kleinbesitzer unterschätzen. Da nun aber die Socialdemokraten von ihren socialökonomischen Grundsätzen dazu angetrieben werden, den Zins — dieses charakterische Merkmal der Bourgeoiswirthschaft — abzuschaffen, so müssen sie nothgedrungen auch wider ihren Willen diesen Nothgroschen just das rauben, was für ihre so wenig bemittelten Besitzer das Reizvollste ist, — sie müssen zinstragende Kleinkapitalien in zinslose Geldhäufchen verwandeln, und wenn sie nun gar alles, was Kapital ist, ohne jede Spur von Entschädigung confisciren, da nehmen sie erstens den Spareinlagen die Möglichkeit der Verzinsung und stecken zweitens die ersparten kleineren Geldhäufchen gar noch dazu in die große Tasche des Staates.

Nicht wahr, Herr Richter, so haben Sie sich die Sache gedacht? Da wir also annehmen wollen, daß Sie glauben, was Sie schreiben, so begreifen wir vorläufig nur eins nicht, das nämlich, weßhalb Sie sich noch die Mühe geben, gegen die Socialdemokratie Broschüren zu schreiben.

Wir an Ihrer Stelle würden mäuschenstill sein, würden die Socialdemokraten flott darauf los agitiren lassen und in's Fäustchen lachen, wenn es — je eher desto besser — an's Gründen des socialdemokratischen Staates ginge.

Hei, wie sie hineinfallen müßten — diese ungeheuerlichen Theekessel von Weltverbesserern!

Auf wen wollten sie sich denn stützen, als auf das arme Volk, dessen aktionsfähigste, widerstandskräftigste Elemente — Ihres Erachtens — gerade die zahllosen Schaaren der Sparkassenmilliardäre und die ländlichen Kleinbesitzer sind.

Sie könnten tausend gegen eins wetten, daß in dem Momente, in welchem die Sparkassenmilliarden und die mehr als 3½ Million Ackerparzellen der ländlichen Kleinbesitzer der socialdemokratischen Confiskation verfallen, es nicht nur aus wäre mit der Socialdemokratie, sondern daß dieser Sorte Umstürzler genau das passirte, was der selige Lasker prophezeite: sie würden mit Knüppeln totgeschlagen bis auf den letzten Mann.

Daß **Sie**, Herr Richter, sich den Uebergang aus den verrotteten und auf's ärgste verworrenen ökonomischen Verhältnissen, wie sie unter der Privatkapitalistenwirthschaft entstanden, nicht anders denken können, steht fest.

Es ist aber ein wahrer Segen für die Socialdemokratie, daß Sie Führer der deutsch-freisinnigen Partei sind, und daß es unter den socialdemokratischen Führern keinen Eugen Richter gibt.

Die Socialdemokraten werden nämlich, da Sie es glücklicherweise nicht verhindern können, die Sache etwas anders einrichten.

Sie werden zunächst nicht einen Augenblick und keinem Angehörigen des Volkes gegenüber vergessen, daß die socialdemokratische Partei die Aufgabe hat, die ökonomischen Verhältnisse zu verbessern und sie nicht etwa auch nur eine kurze Zeit lang zu verschlechtern.

Das „Hamburger Echo" wußte natürlich besser als Herr Richter, was die Socialdemokraten zu thun haben, — es wies die Thorheit der Sparkassen-Confiskation kurzer Hand zurück.

Suchen wir uns nun einmal die Situation zu vergegenwärtigen, in der sich die Socialdemokraten befinden würden, wenn sie unter den Verhältnissen, wie sie heute sind, die Macht gewinnen, ihren Parteigrundsätzen entsprechende Wirthschaftseinrichtungen einzuführen.

Der Gedanke, daß mit einem Schlage, durch ein einziges Dekret jemals — zu irgend einer Zeit und unter gleichviel welchen Umständen — die gesammte zusammenhanglose, anarchische Privatkapitalistenwirthschaft in die socialistische verwandelt werden könnte, d. h. in ein Wirthschaftssystem, welches die Summe des ökonomischen Wissens und Könnens der vornehmsten Culturvölker zur Darstellung bringen wird, diese Vorstellung einer socialen Revolution im Handumdrehen, ist denn doch gar zu kindlich, als daß sie der Widerlegung bedürfte.

So wenig wie der Mensch von einer schweren Krankheit über Nacht genesen kann, — wie er immer nur allmählich die Krankheit erregenden Elemente zu überwinden im Stande ist und langsam an Kräften erstarkt, so werden erst recht die Völkergemeinschaften größerer Zeiträume bedürfen, um von dem schweren Siechthum des Privatkapitalismus sich zur Gesundheit des Socialismus emporzuarbeiten.

Demgemäß können zweierlei Fragen an die Socialdemokraten gestellt werden.

Erstens: Wie denkt ihr euch euern socialistischen Staat im Zustande einer gewissen, alle eure Grundsätze verwirklichenden Vollendung?

Zweitens: Was würdet ihr thun, um die kapitalistische Wirthschaft in eure socialistische überzuleiten?

An dieser Stelle der Richter'schen Kritik, bei der von logischer

Ordnung keine Rede ist und alles wie Kraut und Rüben unter einander gemengt erscheint, handelt es sich zuerst um die zweite Frage.

Um diese zu beantworten, müssen wir zusehen, an welchem Ende die Socialdemokraten die heutigen Wirthschaftsverhältnisse wohl anfassen würden, wenn es an ihnen wäre, sie vernünftiger zu gestalten.

Offenbar einerseits da, wo die Noth am größten ist, und andererseits dort, wo die specielle Art der Produktionsunternehmungen socialistischer Gestaltung die wenigsten Schwierigkeiten entgegensetzt.

An zwei Enden zugleich werden demnach voraussichtlich die praktischen Socialrevolutionäre der Zukunft die verkrachte Kapitalistenwirtschaft packen, — einmal da, wo sie sich total unfähig zur Schöpfung lebensfähiger Wirthschaftseinrichtungen erwiesen, wo sie ihren Bankerott angemeldet hat; d. i. in den Industriebezirken, wie es das Erz- und Eulengebirge in Deutschland sind, wo die Arbeiter am fleißigsten arbeiten und am ehesten verhungern; zum anderen da, wo die Kapitalistenwirthschaft auf dem Gipfel ihrer höchsten Entwicklung angelangt ist, wie in jenen riesenhaften Industrie-Etablissements, von denen Liebknecht zum großen Entsetzen des Herrn Richter gesagt hat, daß sie von so großartig organisirten Gewerkschaften, wie die englischen sind, in kürzester Frist in die socialistische Produktionsweise übergeführt werden könnten.

Ueberall aber, wo zielbewußte Socialrevolutionäre eingreifen, werden sie zu wirken suchen durch Vereinigung aller betheiligten Arbeitskräfte, weit über die engen Grenzen des einzelnen Produktionsunternehmens hinaus, am liebsten sogleich über ganze Arbeitszweige hin und durch Ersetzung aller Klein- und Einzelproduktion durch rationellsten Großbetrieb, ferner durch Beseitigung aller großkapitalistischen Schmarotzerexistenzen, des weiteren durch Beseitigung aller überflüssigen Vermittler zwischen Produzenten und Consumenten.

Die Organe dieser Socialrevolution werden, soweit sich das heute überschauen läßt, die Gewerkschaften sein, als deren vornehmste Aufgabe den einzelnen Arbeitern gegenüber sich von vornherein die möglichst günstige Ausstattung derselben mit den Mitteln zur Bedürfnißbefriedigung ergeben wird. Und hierzu wird sofort der Theil des Arbeitsertrages, welcher heute den Kapitalisten — den Aktionären und ihren nichtarbeitenden Genossen, ferner den Zwischenhändlern und Agenten zufließt, für's erste ausreichende Fonds liefern.

An die Socialisirung der unter der Kapitalistenwirthschaft zur relativ besten Organisation gelangten Industriebetriebe, sowie aller für die Arbeiter besonders ungünstigen Arbeitszweige wird sich ganz von selbst eine Reihe weiterer socialwirthschaftlicher Aufgaben anschließen. Die Beschaffung der bezüglichen Rohstoffe, Maschinen und Werkzeuge in möglichst großem Stile; die Organisation des lokalen, nationalen und internationalen Waarenverkehrs, einschließlich der Einrichtung von Central-, Special- und Musterlagern wird einerseits den mit dieser überaus wichtigen volks und weltwirthschaftlichen Regenerationsthätigkeit betrauten Organen Arbeit in Hülle und Fülle, andererseits die Gelegenheit bieten, den arbeitstüchtigen Elementen unter der überflüssig gewordenen privaten Vermittlerschaft zwischen Produzenten und Konsumenten allgemein nutzbringende und lohnende Beschäftigung zu gewähren.

Daß schon bei den hier skizzirten, die Socialisirung der Gesammtproduktion einleitenden Maßregeln keine Spur von Zwang nöthig sein wird, dürfte bei ruhiger Ueberlegung auch Herr Richter nicht leugnen können.

Die Arbeiter und Kleingewerbetreibenden, welche den heute schlechtest situirten Produktionskreisen angehören, werden doch gewiß die Gemeinschaftsorganisation, bei der jede kapitalistische Ausbeutung wegfällt, mit hoher Freude als Rettung aus tiefster Noth begrüßen, während die Arbeiter der Krupp, Stumm u. s. w., sowie der großen Aktiengesellschaften sicherlich dagegen nichts einzuwenden haben werden, daß der oder die Männer, für welche jahraus jahrein die Hunderttausende und Millionen des Kapitalprofites vom Produktionsertrage abgezogen werden, vom Schauplatze der ihnen bisher privateigenthümlich gehörenden Industrieetablissements verschwinden.

Selbstverständlich wird eine sich bildende socialistische Gesellschaft auch nicht den geringsten Theil der Arbeiterschaft während der Uebergangszeit seinem Schicksal überlassen, sie wird alle Arbeiter dazu anregen, sich ihrem Berufskreise gemäß zu vereinigen, die Lage ihrer Arbeitszweige festzustellen und, sobald, es die Umstände nur gestatten, an Stelle der Privatproduktion die freie Gemeinschaftsarbeit zu setzen.

Ebenso aber, wie es sich heute aus dem Charakter der socialdemokratischen Partei und aus der Art, wie die Gewerkschaften organisirt sind, der letzteren völlige Unabhängigkeit ergibt; ebenso wird die Socialisirung der Produktion überall der freien Gemeinschaftsthätigkeit überlassen sein und dieser absolut nicht entzogen werden können. Noch viel weniger als diejenigen Kantonalbe-

völkerungen der Schweiz, bei denen die direkte Gesetzgebung durch das Volk eingeführt ist, jemals daran denken, dieses ihre Freiheit gewährleistende Recht aus der Hand zu geben, würden alle Kulturvölker, deren politische und wirthschaftliche Einrichtungen und Verhältnisse socialdemokratisch organisirt worden sind, auf das Recht der Selbstbestimmung und der Ordnung aller Gemeinschaftsangelegenheiten durch das Volk selbst verzichten.

Und damit ist die Möglichkeit vollkommen ausgeschlossen, daß großen Volkstheilen oder gar der Volksmehrheit irgend etwas entzogen wird, was alle die vielen Einzelnen behalten wollen — sie — die keine Herren mehr anerkennen und Führer auch nur dann dulden werden, wenn diese sich als ehrliche und selbstlose Diener der Gesammtheit bewähren.

Die ländlichen Kleinbesitzer aber, die Eigenthümer jener Ackerparzellen, die noch nicht einen bis zehn Hektare umfassen, dieser so große Theil des deutschen Volkes, dem Herr Richter die blasseste Angst vor der Socialdemokratie einjagen möchte — werden gerade zu den Angehörigen der socialistischen Gesellschaft gehören, denen die Herrschaft socialdemokratischer Gedanken alsbald am meisten und augenfälligsten zugute kommen wird.

Die ländlichen Kleinbesitzer allesammt gehören zu den Menschen, welche den härtesten und mindest lohnenden Kampf um die Existenz zu führen haben.

Die allermeisten von ihnen müssen neben der Bestellung ihres Ackers noch anderer Beschäftigung nachgehen, um in bescheidenster, nothdürftigster Weise leben zu können. Bei alledem sind sie von Schulden überlastet und quälen sich also nicht nur da für fremdes Kapital, wo sie industrielle Nebenarbeit verrichten, sondern auch, wenn sie innerhalb der dem Namen nach ihnen selbst gehörigen ländlichen Zwergwirthschaft thätig sind.

Diesen ganzen großen Bevölkerungstheile wird die Anregung zur Bildung von Gemeinschaftswirthschaften hoch willkommen sein, und dort umsomehr, wo die bezüglichen Ackerbaugemeinschaften mit industriellen Betrieben verbunden sind, welche aus dem Ackerbau ihre Rohmaterialien beziehen und ihnen selbst Gelegenheit zu lohnender Verwerthung des von der Landwirthschaft nicht in Anspruch genommenen Theils ihrer Arbeitskraft bieten werden.

Freie Ackerbaugemeinschaften in unmittelbarem Anschlusse an die gegenwärtigen ländlichen Besitzverhältnisse werden also unserer Ueberzeugung nach die zweckmäßigen Uebergangsformen für unsere Landwirthschaft zur socialistischen Wirthschaft sein.

Diese Ackerbaugemeinschaften werden zunächst die Schulden,

welche auf den einzelnen Ackerparzellen lasten, zu übernehmen haben. Ob diese Schulden in der Uebergangszeit mit Hilfe der socialistischen Gesellschaft allgemach ohne Verzinsung abgezahlt, oder solange sie noch nicht durch Abzahlung getilgt werden können, in allermäßigster Weise — etwa wie Sparkasseneinlagen verzinst werden, das heute schon entscheiden zu wollen, wäre ganz überflüssig und würde nur schwer zu schlichtenden Meinungsstreit gebären.

So wie kein Socialdemokrat jemals an die Confiskation der Sparkasseneinlagen denken wird, so wird wohl auch keiner die unter dem Druck der kapitalistischen Verhältnisse vielfach so mühsam aufgesammelten Spargroschen ihre unbedeutenden Zinspfennige entziehen wollen, solange eben noch Spargroschen überhaupt zur Gewähr der Einzelexistenz von Belang sind.

Die von uns in's Auge gefaßten Ackerbaugemeinschaften würden durch die Unterstützung der Gesammtheit zum rationellsten und produktivsten Betriebe der Feld- und Gartenwirthschaft, der Vieh- und Fischzucht zu befähigen und damit in der Lage sein, die auf den Grund und Boden haftenden Schulden abzustoßen oder auch für den Anfang zu verzinsen.

Es werden also nach dieser Richtung für den Fall einer organischen Entwicklung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse und ihrer friedlichen Ueberführung zur socialistischen Wirthschaft Vermögensconfiskationen durchaus nicht nöthig sein.

Aber nicht nur die Spareinlagen und die Hypotheken der Kleinbesitzenden werden bei friedlicher Neuordnung unseres Wirthschaftslebens der Gefahr der Confiskation nicht ausgesetzt sein, sondern es wird eine solche Gewaltmaßregel alsdann wohl überhaupt gar nicht nöthig werden.

Höchst wahrscheinlich wird es vollauf genügen, die Besitzer der großen Arbeitsmittel zu expropriiren*), sie durch Ueberweisung zinsloser Tauschmittel-Obligationen zu entschädigen und das Recht auf Vererbung größerer Vermögen aufzuheben.

Mit der großen Confiskation, welche die Sparpfennige und Ackerparzellen der kleinen Leute treffen soll, ist es also bestimmt nichts, und mit der kleinen Confiskation, welche sich auf die großkapitalistischen Vermögen beschränken würde, wahrscheinlich auch nichts.

---

*) Wie das Herrn Richter gegenüber Liebknecht im „Berliner Volksblatt" bereits angedeutet hat. Daß Herr Richter sofort auch diese Gelegenheit benutzt hat, sich zu „irren", ist erklärlich. Er behauptete schleunigst, Liebknecht hielt damit die unsocialistische Zinsrente aufrecht.

IV.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse, wie sie sind und die socialdemokratische Revolution.

Wir sind nunmehr am schnurrigsten Kapitel angelangt, welches sich Herr Richter überhaupt geleistet hat.

Dasselbe ist überschrieben: „Was bei der Ertragstheilung herauskommt“ und handelt ganz ernhaft vom Theilen.

Man sollte das wirklich für rein unmöglich halten. Es gibt doch gewiß keinen einzigen Socialdemokraten mehr, der das Theilen der Gesammtheit aller Arbeitserträge nicht für einen tollen Unsinn erklärte. Aber nicht blos von jedem Socialdemokraten hätte Herr Richter hören können, daß sie vom Theilen nichts wissen wollen, sondern er hätte es auch von den bedeutendsten wirthschaftlichen Gegnern des Socialismus erfahren können. So bezeichnet bekanntlich Schäffle den Vorwurf, die Socialdemokraten wollten theilen, als sinnlos, und Schäffle ist doch ein Mann, den auch Herr Richter als eine Autorität ersten Ranges auf dem Gebiete der Socialwissenschaften anerkennen muß, und der in seiner Eigenschaft als Minister dringendsten Anlaß gehabt hat, sich sowohl mit der socialistischen Theorie wie mit den praktischen Zielen der Socialdemokratie zu beschäftigen.

Und Schäffle ist nicht etwa der einzige wissenschaftliche Gegner der Socialdemokratie, der sich zu solchem Eingeständniß herbeiläßt. Im Gegentheil! Unseres Wissens gibt es vielmehr nicht einen einzigen socialwissenschaftlichen Schriftsteller, der das alberne Märchen vom Theilen aufrecht erhält, — und die allermeisten betonen gleich Schäffle ausdrücklich, daß die Socialdemokraten weit davon entfernt sind, theilen zu wollen.

Selbst in den wissenschaftlichen Schriften, welche den ausgesprochenen Zweck haben, die Massen des Volkes angeblich von der Haltlosigkeit und Uebertriebenheit der socialistischen Forderungen zu überzeugen, wird die Behauptung widerlegt, die Socialdemokraten wollten theilen.

So thut es z. B. der Stadtsyndikus a. D. Gustav Dulla in seinem im laufenden Jahre zu Berlin erschienenen Buche „Gesetzeskunde und Volkswirthschaftslehre in gemeinverständlicher Darlegung“. Derselbe schreibt (Seite 327):

„Der wissenschaftliche Begründer des heutigen Socialismus ist Carl Marx (gest. 1883). Nach ihm ist das heutige Großkapital durch Vernichtung der Kleinbesitzformen, wie sie sich bei Handwerkern und Bauern darstellten, bei denen Arbeit und Privateigenthum wirklich verknüpft war, entstanden. Dieser Um-

wandlungsprozeß schreitet fort und auf der zweiten Entwicklungsstufe verschlingt der große Kapitalist den kleinen Kapitalisten, bis endlich wenige Kapitalisten die ganze Volksmasse enteignet haben. Dann aber werden die Enteigner enteignet, das Privatkapital wird durch das Kollektivkapital ersetzt. Eine neue Produktionsweise tritt ein, welche auf Grund kollektiven Eigenthums aller Arbeitproduzenten an allen Produktionsmitteln eine einheitliche Organisation der Arbeit durchführt und die Vertheilung des gemeinsamen Produkts Aller nach dem Maße der Arbeitsleistung eines Jeden vornimmt. Die Arbeiter beziehen auf Arbeitscertificate, auf Arbeitsgeld nach Maßgabe der von ihnen geleisteten Arbeit ihren Antheil an den Arbeitsprodukten aus den Staatsmagazinen, den Niederlagen des gesammten Produkts. Wer dem Ganzen als Richter, Verwaltungsbeamter, Gelehrter, Künstler gemeinnützige Dienste leistet, wird für seinen Bedarf an dem Sachgüterprodukt der Nationalarbeit nach Verhältniß seiner Dienste betheiligt."

Wenn solche Schriften Jedermann zugänglich und in großen Auflagen verbreitet sind, so blamirt sich selbst der simpelste Kannegießer, wenn er solch tausendfach widerlegten Unsinn von neuem zu Markte bringt.

Herr Richter ist aber doch noch etwas mehr als ein beliebiger Kannegießer; er müßte doch wissen, was die Socialdemokratie, die er bekämpft, eigentlich will, er, der Hauptführer derjenigen politischen Partei, die mit der Socialdemokratie um die Anhängerschaft des demokratisch gesinnten Volkes ringt, sollte doch vor allen anderen Feinden der Socialdemokraten wenigstens das Wichtigste von dem gelesen und beherzigt haben, was zur Aufklärung über die socialdemokratischen Bestrebungen geschrieben worden ist.

Herr Richter aber schreibt ganz ungenirt drauf los:

„Die Theilung ist in der That das Hauptlockmittel der Socialdemokraten. Sie versprechen zwar noch darüber hinaus, daß der zur Vertheilung kommende Gesammtertrag infolge der neuen socialdemokratischen Organisation der Produktion ungleich größer ausfallen werde, als der jetzige Gesammtertrag der Volkswirthschaft. Indessen haben solche Probleme einer Ertragssteigerung weit weniger Anziehungskraft, je zweifelhafter sie auch dem einfachsten Verstande vorkommen müssen. Weit handgreiflicher erscheint allerdings der Vortheil, welcher aus der Theilung des Arbeitsertrags nach Köpfen zu gleichen Theilen erwachsen soll. Der gedankenlose Zuhörer nimmt sich dabei irgend einen reichen Mann auf's Korn und stellt sich vor, wie vortheilhaft es

sein würde, wenn derselbe künftig mit ihm zu theilen haben werde."

Nachdem Herr Richter diese Zeilen geleistet hatte, ist ihm offenbar eingefallen, daß die Socialdemokraten gar nicht daran denken, theilen zu wollen. Statt nun das Papier, dem er den Beweis seiner Unwissenheit und Gedankenlosigkeit anvertraut, zu vernichten, hat er sich den Kopf darüber zerbrochen, wie er diesen unsinnigen alten, abgethanen Vorwurf wohl aufputzen und maskiren könnte, um ihn von neuem auftischen zu können.

Und dabei ist ihm nun der Gedanke gekommen, den er in folgendem Satze niedergelegt hat:

„Die Socialdemokraten freilich verwahren sich heftig, daß sie eine „Theilerei" beabsichtigen. Das sei ein vorsintfluthlicher, längst widerlegter Irrthum. Niemals habe eine Theilung des Besitzes auf dem socialdemokratischen Programm gestanden. Dies ist richtig; von einer Theilung des Besitzes aber ist hier auch gar nicht die Rede, sondern von einer Theilung des Ertrags, des Gesammtertrags der Arbeit, nachdem zuvor alles Kapital verstaatlicht worden ist.

„Diese Theilung des Ertrags ist aber noch weit verwerflicher, als die Theilung des Besitzes. Denn letztere wäre nur ein einmaliges, allerdings kolossales Unrecht, die Theilung des Ertrags aber ist ein fortgesetztes Unrecht. Nach einer einmaligen Theilung des Besitzes könnte wenigstens für die Folgezeit das verschiedene Maß wirthschaftlicher Geschicklichkeit, des Fleißes und der Umsicht, sowie der Sparsamkeit wieder zu seinem Recht kommen, während bei der fortgesetzten gleichen Theilung des Ertrags andauernd die größere Geschicklichkeit, der größere Fleiß und die größere Sparsamkeit ausgebeutet wird zu Gunsten des in allen diesen wirthschaftlichen Eigenschaften Nachstehenden."

Also nicht den Besitz wollen die Socialdemokraten theilen, sondern den Ertrag. Wie mag sich der schlaue Herr Richter die Hände gerieben haben, als er diese pfiffige Auskunft gefunden hatte. Die Theilung des Ertrages unter alle Angehörigen des socialistischen Staats kann man in der That noch besser gegen die Socialdemokraten ausbeuten, als die einmalige Theilung des Besitzes. Das immer wiederkehrende Theilen läßt sich prächtig als die Verwirrung ohne Ende schildern, als Ursache ewigen Streites, als Prämie für die Faulen und die Unfähigen u. s. w.

Der Gedanke war schön und — wir gestehen es — für Flachköpfe verlockend. Für einen Mann von der politischen Stellung des Herrn Richter krystallisirte er aber zum köstlichsten Edelstein im Geschmeide seiner unsterblichen Blamagen.

Herr Richter übersah ganz, daß gerade die Theilung des Ertrages, als durchaus nicht zu den Forderungen des wissenschaftlichen Socialismus gehörig, von den Vertretern der Socialwissenschaft, die auf seiner Seite stehen, dargelegt worden war.

Die oben zitirten Sätze aus dem Werke Dulla's hätten Herrn Richter darüber belehrt, wenn er weniger reden und schreiben und mehr lesen und lernen wollte.

Aber wen die Götter auslachen lassen wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Richter orakelt daher wohlgemuth weiter:

„Das verlockende Bild der gleichen Theilung des Ertrags der Arbeit verschwindet aber sofort, wenn man ausrechnet, was denn bei dieser Theilung eigentlich herauskommt, vorausgesetzt, daß die socialdemokratische Organisation der Arbeit den Gesammtertrag im Vergleiche zu der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung wenigstens nicht vermindert, was wir allerdings nur zum Zwecke dieser Berechnung zugeben können."

Nach dieser wohlwollenden Annahme geht er an's Rechnen und darin ist er bekanntlich der reine Adam Riese. Mit Hülfe der preußischen Steuerrollen und allerlei kühner Spekulationen bringt er als Summe des Einkommens aller Privaten für Preußen 8424 Millionen Mark heraus. In diese Zahl dividirt er mit der Zahl der Haushaltungsvorstände und der sonst noch ein selbstständiges Einkommen beziehenden Einzelnen und bringt glücklich 842 Mark heraus.

Nun ist's natürlich aus mit der Socialdemokratie, sagt sich dieser erbarmungslose Feind.

Schleunigst hetzt er die Berliner Maurergesellen gegen den — wie er sich einbildet — in seiner ganzen Blöße enthüllten Socialismus, indem er schreibt:

„Die socialdemokratischen Maurergesellen in Berlin haben 1889 wochenlang gestreikt, weil ihnen ein Tagesverdienst von 5 Mark zu gering war. Diese Maurergesellen also würden beispielsweise unter der socialdemokratischen Weltordnung noch 2 Mark täglich von ihrem jetzigen Einkommen einbüßen. Gewinnen würden dabei nicht die gewerblichen Arbeiter in den großen Städten und den Mittelpunkten der Industrie, sondern nur die Arbeiter, Taglöhner und kleinen Leute verschiedenster Art auf dem Lande und in kleineren Orten."

Nachdem er so die Berliner Maurer über die Ueberraschungen, die ihrer im socialdemokratischen Staat harren, belehrt hat, rechnet er noch geschwind aus, wieviel oder — richtiger — wie lächerlich wenig auch die ärmsten Arbeiter beim Theilen profitiren würden.

Da er in seinem blinden Eifer den ganzen entsetzlichen Jammer unserer Wirthschaftsverhältnisse mit Zahlen belegt, an denen nichts zu rütteln und zu deuteln ist, so möge auch dieser Passus noch hier Platz finden. Er schreibt:

„Der Durchschnittslohn der gewerblichen Arbeiter, welche dem Unfallversicherungszwang unterliegen, wurde amtlich im Jahre 1889 auf 612 Mark ermittelt. Dabei werden aber die über den Betrag von 4 Mark hinausgehenden Theile des Lohnes nur mit einem Drittel veranschlagt. Nimmt man daher an, daß der Durchschnittslohn der gewerblichen Arbeiter gegenwärtig 642 Mark beträgt, so ergibt sich für den gewerblichen Arbeiter im Durchschnitt nach der großen socialdemokratischen Vermögens-Confiskation, der Abschaffung des Unternehmergewinns, der Zinsrente und der Grundrente ein Mehreinkommen von jährlich 200 Mark; das sind wöchentlich noch nicht vier Mark oder täglich noch nicht 60 Pfennige. Das ist ein Betrag, um welchen es sich für viele Arbeiterklassen nicht einmal lohnt, einen Streik anzufangen. Bei den Unterbeamten im Reich und im Staat hat die letzte Gehaltsaufbesserung theilweise mehr als 200 Mark betragen. Alle Unterbeamten ohne Ausnahme würden sich ganz gewaltig verschlechtern, wenn nach der socialdemokratischen Theilung ihr Diensteinkommen auf durchschnittlich 842 Mark heruntergedrückt würde.

„Und wegen 200 Mark mehr oder weniger jährlich für den Durchschnitt der Bevölkerung Räuber und Mörder, Umsturz aller bestehenden Ordnung! Es wird eben stets übersehen, daß die Zahl der Reichen eine sehr kleine und die Zahl der Aermeren eine sehr große ist, und deshalb der Communismus mit gleicher Theilung des Arbeitsertrags selbst nach socialdemokratischer Rechnung die Durchschnittslage nur wenig verbessert. Nach dem Ergebniß der preußischen Steuereinschätzung zahlen 77,42 pCt. der Bevölkerung überhaupt keine Steuer, weil das Einkommen weniger beträgt als 900 Mark; die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen, d. h. derjenigen, welche ein Einkommen von mehr als 3000 Mark beziehen, beträgt andererseits nur 2,81 pCt. der Bevölkerung."

Herr Richter, diesmal haben Sie da, wo Ihnen garnichts daran gelegen ist, recht! Soweit hat's der Bourgeoisstaat gebracht.

Noch nicht 3 pCt. der Bevölkerung verfügen über ein so mäßiges Einkommen, wie es die Summe von 3000 Mark darstellt.

Damit hat Eugen Richter festgestellt, daß die ungeheuere Mehrheit — 97 pCt. der Bevölkerung — das allerdringendste Interesse an einer gründlichen Aenderung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse hat.

Die hauptsächlichste Voraussetzung der socialdemokratischen Forderungen ist damit mit kräftigstem Nachdruck zugegeben.

Die Wirthschaftsverhältnisse der Gegenwart sind über die Maßen erbärmlich, — hierüber herrscht nunmehr die erfreulichste Uebereinstimmung zwischen den Socialdemokraten und allen ihren Gegnern, die Herr Richter vertritt.

Daß die 97procentige Mehrheit des Volkes eine Besserung dieser Verhältnisse anstreben muß, ist selbstverständlich.

Es fragt sich also blos, wie diese Besserung beschaffen sein wird, um möglichst rasch und möglichst gründlich eintreten zu können.

Herr Richter hat nun das Pech, diese Frage ebenso einfach, als unsinnig zu beantworten.

Allerdings kann er in diesem Falle mildernde Umstände geltend machen. Als Manchester-Mann vom reinsten Gedanken-Wasser gipfelt seine national-ökonomische Weisheit in dem Satze: Am Gelde hängt, nach Gelde drängt doch alles!

Dementsprechend wirft er alles Geldeinkommen, wie es ihm am besten in den Kram paßt, auf einen Haufen, theilt diesen großen Haufen in soviel kleine Häufchen, als er Einkommenbedürftige herausbekommt, — und nun freut er sich unbändig, daß er den großen Haufen so hübsch klein gekriegt hat.

Was wollte er denn aber leisten und was hat er geleistet? Er wollte zeigen, was der socialdemokratische Zukunftsstaat seinen Angehörigen an Einkommen bieten wird. Und er hat gezeigt, was der heutige Staat jedem seiner selbstständigen Bürgern an Geld bieten könnte, wenn er so unglaublich thöricht wäre, alles Geldeinkommen an alle Einzelnen zu vertheilen. Mögen nun die demokratisch-socialistischen Verhältnisse der Zukunft sich gestalten, wie sie wollen, — so steht doch das Eine absolut fest, — genau so, wie die heutigen Wirthschaftsverhältnisse werden sie nicht sein. Indem also Herr Richter sich bemühte, aus den herrschenden Wirthschaftsverhältnissen die Ergebnisse der socialistischen Wirthschaft zu construiren, so mußte er etwas zu Tage bringen, was nur eine Gewähr in sich schloß, — daß es nämlich unter allen Umständen total falsch war.

Diese Rechnung enthält aber noch viel mehr: den schlagendsten Beweis für des Herrn Richters unübertreffliche Fähigkeit sich zu irren.

Um die Noth der Zeit zu lindern, weiß er nichts Besseres zu thun, als Geld zu vertheilen.

Kein Mensch kann jedoch Geld essen und trinken, sich mit Geld kleiden, im Gelde wohnen u. s. w. Wenn der gescheide Herr Richter statt 842 Mark jedem seiner Einkommenbedürftigen 10,000

Mark Jahreseinkommen zukommen lassen könnte, so würde allerdings die Nachfrage nach den Lebens- und Genußmitteln, nach Kleidern und guten Wohnungen mit einem Schlage auf die Höhe des vorhandenen Bedürfnisses, wahrscheinlich sogar darüber hinaus anschwellen, — das Angebot an all' diesen Gegenständen des allgemeinen Bedarfes würde aber für's erste ebenso groß bleiben, als wie es vorher war, und die ungeheuere Steigerung der Nachfrage würde zunächst eine ungeheuere Preissteigerung im Gefolge haben und diese als Entwerthung des Geldes in die Erscheinung treten.

Geld ist also auch im heutigen Staate Nebensache, Herr Richter, und nicht Hauptsache. Wenn Sie hätten ausrechnen wollen, wie unter den heutigen Wirthschaftsverhältnissen durch eine gerechtere Vertheilung der Produktionserträge die Lage des Volkes verbessert werden könnte, so hätten Sie zwar auch nicht die Summe alles Geldeinkommens feststellen dürfen — denn das ist in letzter Instanz völlig gleichgültig, sondern die Summe dessen, was die miteinander im Waarenverkehr stehenden Culturvölker an Lebens- und Genußmitteln, Kleidern, Wohnungen u. s. w. produciren. Und diese Waarensumme hätten Sie alsdann vertheilen können, — dann wäre wenigstens die augenblickliche Leistungsfähigkeit der Culturstaaten unter den gegenwärtigen Wirthschaftsverhältnissen in Bezug auf die Besserung der Volkslage constatirt gewesen.

Aber auch damit noch nicht einen Pfifferling mehr! Die Socialdemokraten würden dem Ergebnisse Ihrer Rechnung natürlich auch noch sehr kühl gegenüberstehen und — möchten Sie herausbringen, was Sie wollten, Ihnen zurufen:

Das ist herzlich wenig, das muß noch ganz anders und erheblich besser werden.

Und daß es besser werde — ist eben die Aufgabe des Socialismus. Wie aber, wie — das ist die Frage, auf welche Sie freilich, Sie Mann der privatkapitalistischen Gegenwart, absolut die Antwort nicht finden können.

In der Antwort auf diese Frage steckt in der That in seinen Grundzügen der ganze socialistische Zukunftsstaat oder richtiger die ganze socialistische Gesellschaft.

Wir wollen nicht so grausam sein, Sie auf Antwort lange warten zu lassen. Fragen Sie frisch drauf los. Sie sagen auf Seite 8 Ihrer Schrift:

„Wenn aber die socialdemokratische Weltordnung überhaupt möglich und besser wäre als die heutige, so müßte man geradezu fordern, daß sie mit einem Schlage in's Leben träte.",

Sie verlangen allerdings von Weltordnungen etwas viel — und hätten sich ein wenig correkter ausdrücken können. Indessen dazu sind wir ja da, Ihnen nachzuhelfen.

Also Sie wollten offenbar sagen:

Damit man beurtheilen könne, ob man Socialdemokrat werden und nach socialdemokratischer Umgestaltung unserer Wirthschaftsverhältnisse streben soll, müssen die Socialdemokraten einmal ganz genau sagen, was sie thun würden, wenn ihnen z. B. am heutigen Tage die unbeschränkte Macht anvertraut würde, ihren socialistischen Staat einzurichten.

Bei der in Bezug auf alles, was Socialdemokratie heißt, alle Begriffe übersteigenden Naivetät des Herrn Richter ist es zunächst nöthig, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß auch die Socialdemokraten keine socialpolitischen Hexenmeister sind und nicht im Handumdrehen aus schlechten Verhältnissen gute machen können. Selbst der Socialdemokratie wachsen die Kornfelder nicht in der flachen Hand.

Wenn sie heute ihre revolutionäre Arbeit ohne jedes politische Hinderniß beginnen dürften, so würden sie doch mit den beschränkten Mitteln arbeiten, die der Bourgeoisstaat geschaffen, und sie würden den heillos verworrenen Knäuel unserer socialen Verhältnisse nur langsam entwirren können.

Wo und wie sie ihre Arbeit aber am zweckmäßigsten anfangen müßten, darüber kann kein Zweifel sein.

Das, was die 97 Procent der nothleidenden Bevölkerung am dringendsten bedürfen, — das würde die Socialdemokratie zuerst herbeizuschaffen bestrebt sein müssen.

Planmäßige bessere Versorgung des Volkes mit den Gegenständen des dringendsten täglichen Bedarfs wird die erste allgemeinwichtige Aufgabe der Socialdemokratie sein.

Bemerken Sie übrigens wohl, Herr Richter, daß bei einer solchen friedlichen Ueberleitung der kapitalistischen in die socialistische Wirthschaft die Socialdemokraten vernünftigerweise überall an das Gegebene anzuknüpfen, aus den schlechten kapitalistischen Einrichtungen die besseren socialistischen zu entwickeln haben werden?

Wie viel nun an Nahrungs- und Genußmitteln, an Kleidern und Schuhen, an Wohnungen u. s. w. braucht das Volk? Und wo überall und in welchen Mengen werden diese Bedarfsgegenstände producirt?

Das werden die ersten Fragen sein, welche einerseits die Physiologen, andererseits die statistischen Aemter, beziehungsweise die Handelskammern und die landwirthschaftlichen Vereine einer socialdemokratischen Staatsleitung zu beantworten haben würden.

Angenommen, es wären in Deutschland 10 Millionen Haushaltungsvorstände mit durchschnittlich drei Familienmitgliedern und 10 Millionen einzelstehenden Erwachsenen vorhanden und jede der in Frage kommenden 50 Millionen Personen bedürfte täglich zu ausreichender Ernährung 1/2 kg Fleisch, 1 kg Brod, 1 kg Zuspeise und 2 Liter Getränk (Bier, Wein u. s. w.). Es würden demnach täglich gebraucht 25 Millionen kg Fleisch, je 50 Millionen kg Brot und Zuspeise und 1 Million Hektoliter Getränk.

Es würde sich nun zweifelsohne ergeben, daß viel weniger Nahrungsmittel producirt werden, als eigentlich consumirt werden sollten.

Daraus folgt zunächst die zwingende Nothwendigkeit, die Nahrungsmittelproduktion entsprechend zu erhöhen, und das wäre bei gegenseitiger Unterstützung der Culturvölker jedenfalls nicht übermäßig schwer.

Aus der Summe dessen, was jeder Einzelne täglich bedürfte, ergäbe sich ferner der — vorläufig allerdings nur theoretische Werth der durchschnittlichen täglichen Arbeitsleistung.

Nehmen wir nun an, es ließe sich bei der Einführung socialistischer Wirthschaftszustände sogleich der achtstündige Normalarbeitstag einführen, was lediglich davon abhinge, ob bei durchschnittlicher achtstündiger Tagesarbeit sich die nöthige Menge von Produkten herstellen ließe, so würde für jeden einzelnen Arbeiter der Normalertrag der achtstündigen Tagesarbeit bestimmt sein durch die Summe der für einen Tag berechneten Unterhaltsartikel.

Den durchschnittlichen Preis der von Seiten der Wissenschaft als nothwendig anerkannten täglichen Nahrungsmittel für eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen ist etwa auf 3 Mark zu veranschlagen, während ein geringerer Betrag wie 2 Mk. 50 Pf. pro Tag, als zur Bestreitung der Wohnungs-, Bekleidungs- und sonstigen Bedürfnisse der Arbeiterfamilie nöthig, nicht angenommen werden kann. Es stellt sich danach der Jahresbedarf in dem als allgemein gültiges Werthzeichen für den B e g i n n socialistischer Wirthschaftseinrichtungen wohl unentbehrlichen Gelde auf ℳ 5.50 pro Tag und auf 365 mal 5.50, d. h. rund ℳ 2000, pro Jahr oder bei 300 Arbeitstagen im Jahre rund ℳ 6.60 für jeden Arbeitstag. Diese ℳ 6.60 würden demnach den für jeden verheiratheten Arbeiter durchschnittlich nothwendigen täglichen Minimal-Arbeitsertrag darstellen.

Es steht nun aber fest, daß der durchschnittliche Arbeitslohn von heute für die günstiger gestellten Arbeiter nur etwa die Hälfte und der durchschnittliche Lohn der schlechter situirten Mehrheit unserer Arbeiter etwa höchstens ein Drittel dieses nothwendigen Ertrages der Tagesarbeit erreicht.

Bei socialpolitischer Umgestaltung unserer Wirthschaftsverhältnisse würde nun allerdings der auf den Arbeiter fallende Theil des Produktionsertrages, wie wir bereits oben gesehen, sofort erheblich größer werden. Schon in der Uebergangszeit fiele der Kapitalprofit zum weitaus größten Theile fort; der Antheil, den die Vermittler zwischen Producenten und Consumenten haben, würde gleichfalls sehr erheblich gekürzt. Damit wäre zugleich das Budget des gewaltigen socialen Schmarotzerthums gestrichen und die ungeheuren Summen, die dasselbe verschlingt, zur Erhöhung der Arbeitslöhne frei.

Da Herr Richter mit allen seinen freisinnigen Anhängern besagtes sociales Schmarotzerthum als Geschöpf socialdemokratischer Uebertreibung zu bezeichnen Lust haben dürfte, wollen wir an dieser Stelle auszugsweise mittheilen, was Schäffle zur Kennzeichnung der wirthschaftlichen Bedeutung dieser für unsere Bourgeoisgesellschaft besonders charakteristischen Erscheinung sagt.

Derselbe schreibt:

„An allen Formen des Erwerbs, insbesondere aber am Handelserwerb, am Darlehen und an der Dienstmiethe wird umfassende Schmarotzerei getrieben. Das heutige Wohnmieth-, Credit-, Vorschuß-Wesen strotzt z. Th. von Parasiten. — —

Das erste Stadium der Erwerbsgesellschaft auf Aktien, die Gründung, wird zu der schmachvollen Gründungs-, das letzte zu der fast noch schändlicheren „Entgründungs-", Liquidations- oder Auflösungs-Ausbeutung mißbraucht. — —

Die Macht des Schmarotzers, seine Bewaffnung und Technik, hat vielerlei Elemente. Zu diesen gehört schon die religiöse Autorität; wie der Schamane, Medizinmann und polynesische Tabupriester heute noch den Aberglauben zu parasitischen Zwecken ausbeuten, werden wir des weiteren kennen lernen.

Es gibt aber auch Parasiten der Politik, welche Herrschaft und Macht zu einem ihren Leistungen nicht entsprechenden Einkommen ausbeuten, Verwaltungsrathstantièmen und andere Vortheile ertrotzen. Der heutige Parlamentarismus ist hierdurch in verschiedenen Staaten kernfaul geworden. — —

Wissenschaft, Litteratur, Presse, Kunst prostituiren sich nur zu oft, indem sie ihr Wissen und ihren Reiz um großen und leichten Einkommens willen schmarotzerisch verwerthen; das Wort „Parasit" wurde schon im Alterthum für mitessende Künstler, Gelehrte, Philosophen, Rhetoren und Sophisten üblich. Auch heute schmarotzen diese Klassen nicht blos für ihren Bauch an den Tafeln der Reichen und Mächtigen, sondern auch und viel ergiebiger für ihre Bereicherung bei Gründungen, „Emissionen" und „Consortien".

Ein hauptsächlichstes Mittel, um ohne berufliche Gegenleistung sich Antheil am Nationaleinkommen zu verschaffen, liegt im ausschließenden Besitz der äußeren Produktions- und Erwerbsmittel der immobilen und mobilen Renten-Quellen. Diejenigen Rentner, welche ihr arbeitsloses Einkommen blos als Mittel privaten Genusses, nicht als unabhängige Ausstattung für irgend welche freiwillig übernommene politische oder wissenschaftliche oder sonstige Berufsleistung behandeln, wird man zu den Parasiten der Gesellschaft zu zählen haben. Die an Bummlern aller Art reichen Großstädte und Vergnügungsplätze erweisen eine leidig große Ausdehnung dieses Parasitenthums. — —

Die Stärke der Parasiten beruht aber auch auf der Thorheit, Unwissenheit, Leichtfertigkeit, Eitelkeit, Zugänglichkeit, Nothlage des Wirths. Den Ausgebeuteten in diese Stimmungen und in ökonomischen Nothlagen durch Schmeichelei, Betrug, Verführung und verstrickenden Credit zu versetzen, ist bekanntlich die Taktik der Schmarotzer, namentlich der Wucherer. Die Jugend und die Noth sind ihnen besonders zugänglich. Allgemeine Auflösung sichernder Verbände haltgebender Genossenschaft, die den Leichtsinn niederhält und der Noth durch vereinte Mittel steuert, macht dem Wucher die Bahn frei; alle Wucherer sind deßhalb für atomistische Organisation der Volkswirthschaft. Das Interesse des Schmarotzers ist arbeitsloser Unterhalt. —

Der sociale Parasitismus läßt sich genetisch wohl mit ziemlicher Sicherheit auf zwei entgegengesetzte Ausgangspunkte zurückführen: einerseits auf das Unterliegen der ungenügend angepaßten oder unduldsamen Ueberzähligen im Arbeitskampf, andrerseits auf den Uebermuth der glücklichsten Existenzen. Jene verkommenen Existenzen sehen sich zur Ergreifung parasitischer Waffen gegen die glücklicheren Glieder der Gesellschaft genöthigt, der Selbsterhaltungstrieb drückt ihnen solche Waffen in die Hand. Die Reichen und Mächtigen werden dazu verführt, ein Uebermaß von Besitz und Macht zur Sicherstellung arbeitslosen Einkommens zu gebrauchen. Beiderlei Ursachen des Parasitismus steigern sich fortgesetzt; denn mit dem Nichtgebrauch der Organe ordentlichen Gewerbes kommt Lust und Fähigkeit zum Erwerb des Unterhaltes durch nützliche Gegenleistungen an die Gesellschaft mehr und mehr abhanden, für die schmutzigen Parasiten der bettelnden und gaunerischen Armuth ebenso, wie für die Faullenzer der vornehmen Stände. —

Unterdrückte und verfolgte Nationalitäten suchen sich im inneren Krieg des Parasitismus zu erhalten, indem sie durch Wucher, Handelsbetrug, Bettel, Diebeshehlerei, Ausbeutung des Aberglau-

bens auf Kosten ihrer inneren Feinde einen durch nützlichen Gegendienst nicht vergoltenen Unterhalt ziehen. Die Erfahrung zeigt aber, daß auch bei den Nachkommen von Eroberern und übermäßig Bereicherten die parasitischen Charaktere sich befestigen. Sie verlieren bei Ueberlegenheit an Besitz und Macht Lust und Fähigkeit zu nützlicher Berufsthätigkeit."

Die Einnahmequellen dieses hier in seinen verschiedenen Bestandtheilen und in seinem Ursprunge von Schäffle geschilderten Schmarotzerthums würde die Verallgemeinerung socialistischer Wirthschaftseinrichtungen ebenfalls vom Anfang an verstopfen.

Im Augenblicke, in dem das Kapital selbst die Fähigkeit des Schmarotzers am Leibe der Arbeit einbüßt, müssen die Kapitalisten auch dem Schmarotzer ihres Geldbeutels den Laufpaß geben. Und je weniger das Volk von Noth bedrängt wird, je mehr der Ertrag seiner Arbeit steigt, desto eher entzieht es den Schmarotzern, die ihm für zeitweilige Hilfe in tiefster Noth Wucherzinsen abpressen, den Boden seiner unsauberen Existenz.

Auch die Vortheile das überall nach Möglichkeit durchzuführenden Großbetriebes; die Ausnützung der durch die wissenschaftlichen Fortschritte gebotenen technischen Erfahrungen und Erfindungen; die Anwendung aller nur irgend brauchbaren Maschinenkraft — all das wird den Theil der Produktionskosten, welcher nicht dem Arbeiter als Entgelt für seine Arbeit zufließt, erheblich vermindern.

Die als natürliche Folge der sich jedenfalls blitzartig verbreitenden Zuversicht aller Proletarier — d. i. der ungeheueren Volksmehrheit — auf eine nachhaltige Besserung der Volkslage würde mit der Lebenslust die Kauflust erhöhen und damit den Produktionsertrag steigern und der Gesammtproduktion zu bedeutendem Aufschwung verhelfen.

Aber nicht nur die Hoffnung der Arbeiter und ihrer Angehörigen würde vom ersten Tage solcher wirthschaftlichen Wiedergeburt an der Industrie sowohl als der Landwirthschaft mächtige Anregung und umfassende Absatzmöglichkeit gewähren, sondern in noch höherem und beständig steigendem Maße würde dies die Erhöhung des Ertrags der Arbeit thun, der durch Beseitigung des größten Theils des heute dem Kapital zu zollenden Tributs und alle die anderen soeben aufgezählten Vortheile der socialdemokratischen Produktionsweise schon von ihrer Einführung an rasch wachsen müßte.

Der etwaige Einwand, daß mit der Beseitigung des Privatkapitalprofits und eines großen Theils des Handelsgewinns nur die betreffenden Theile des Produktionsertrages ihre Herren wech-

selten, indem sie statt in die Tasche der kapitalistischen Unternehmer und Kaufleute in die Hände der Arbeiter geriethen, und daß demnach nicht mehr wie früher der Produktion zu gute kommen könnte — — dieser Einwand ist hinfällig.

Wenn alle die heute nothleidenden Arbeiter mehr verdienen, so verwenden sie zweifellos ihren Mehrverdienst ganz, oder zum mindesten fast ganz, zum Einkauf von Waaren ihres Lebensbedarfs — sie werden Kleider und Schuhe, Fleisch und Brot, Bier und, in einem Theile von Süd- und Westdeutschland, auch Wein mehr kaufen und konsumiren, als vormals. Die meisten Kapitalisten und Kaufleute aber kapitalisiren den größten Theil ihres Profits, sie verwenden ihn zu der meist für die Allgemeinheit unproduktiven Anlage in Staatsanleihen und landfremden Industriepapieren oder in ungezählten Millionen sogar zu dem nicht nur unproduktiven, sondern für die Volkswirthschaft direkt schädlichen Börsenspiel.

Alle die ungeheueren Summen, welche heute bestenfalls nur zu einem kleinen Theile und indirekt der Produktion zu gute kommen, würden derselben in ihrem vollen Betrage und unmittelbar zugeführt und damit ein höchst wahrscheinlich selbst die kühnsten Erwartungen übertreffender Aufschwung unserer industriellen sowohl wie unserer landwirthschaftlichen Produktion herbeigeführt.

Es würden also schon im ersten Stadium dieser wirthschaftlichen Neugestaltungen sehr viel mehr Waaren gebraucht; es gäbe viel mehr Arbeit; die Arbeit müßte intensiver und produktiver werden. Und jede Steigerung der Intensität und Produktivität der Arbeit würde immer mehr auf Erhöhung des Arbeitsertrages für jeden einzelnen Arbeiter hinwirken.

Dabei müßten nun freilich die betreffenden Organe der socialistischen Gesellschaft allereifrigst auf Vermehrung der Produkte der allgemeinen Unterhaltsmittel bedacht sein, damit die Menge dieser Produkte möglichst bald dem Maße der allgemeinen Bedürfnisse entspräche.

Eine Vermehrung des umlaufenden Geldes ist dagegen ganz unnöthig, — mit dem Aufschwung der Produktion wird ganz von selbst die durchschnittliche Umlaufsgeschwindigkeit des vom Gelde oder sonstwie repräsentirten allgemeinen Werthmaßes wachsen, — und die Erhöhung dieser durchschnittlichen Umlaufsgeschwindigkeit ist in ihrer Wirkung gleich einer entsprechenden Vermehrung des umlaufenden Geldes. Eine Mark z. B., die im Waarenverkehr 10 mal im Jahr ihren Besitzer wechselt, stellt genau ebenso viel Einkommen dar, wie 10 Mark, die einmal im Jahre aus der Hand eines Käufers in die eines Verkäufers übergegangen sind.

Jeder Unparteiische, dem es nur um die Erkenntniß des thatsächlich Richtigen zu thun ist, wird uns, wenn er die im Vorstehenden niedergelegten Gedanken prüft, zugestehen müssen, daß auf die von uns skizzirte Weise eine gewaltige und bis zu ihrer allgemein befriedigenden Gestaltung fortschreitende Besserung der Volkslage zu erzielen ist.

Mit dem ebenso brutalen wie blöden gleichmäßigen Vertheilen des gesammten Produktionsertrages hat aber eine derartige Socialrevolution nicht das mindeste gemein.

V.

Die Kapitalbildung der Zukunftswirthschaft und was dieselbe von den vorhandenen Wirthschaftseinrichtungen vernichten und bestehen lassen wird.

Wir können im Nachfolgenden die übrigen Irrlehren des Herrn Richter zusammenfassen und kürzer behandeln. Nachdem das Fundament seines luftigen Gedankengebäudes zerstört ist, fallen die verschiedenen Stockwerke desselben von selbst in sich zusammen.

Herr Richter behandelt nunmehr die künftige „Kapitalbildung."

Zuvörderst leistet er sich wieder eine ganze Reihe selbstverständlicher Sätze wie:

„Verarbeitete Vorräthe von Rohstoffen und Hilfsstoffen müssen erneuert werden. Das stehende Kapital nutzt sich ab und wird mitunter infolge Veränderung des Gebrauchswerthes auch vor der Abnutzung ganz und gar werthlos."

Dann kommt er auf den manchesterlichen Hauptspaß vom Sparen. Alles, was an Kapital vorhanden ist, also wie Herr Richter selbst auf Seite 10 seiner Irrlehren sagt: „Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge, Verkehrsmittel und Nahrungsmittel" haben sich unsere enthaltsamen Kapitalisten am Munde abgespart.

Trotz dieser Erkenntniß ist das Kapital für Herrn Richter plötzlich nichts weiter, als dasjenige Geld, welches entsagungsvolle Menschen nicht verzehrt, sondern gesammelt haben. So entsagungsvolles Sparen ist ihm nicht blos die Voraussetzung der Kapitalbildung im kapitalistischen Staat, sondern er lebt der für die Socialdemokraten schmeichelhaften Ueberzeugung, daß auch in ihrem Staate die Kapitalbildung unerläßlich sein und durch Sparen geschehen würde.

Er sagt: „Da die Privaten nicht in der Lage sind, zu sparen, so muß der Staat selbst neues Kapital erübrigen. — Der socialistische Staat kann dies aber nur, indem er von dem Rein-

ertrag, anstatt denselben unter die Konsumenten zu vertheilen, vorab einen entsprechenden Theil zurückbehält und selbst kapitalisirt.“

Das wäre nun allerdings äußerst fatal. Denn alsdann ginge von dem nach Richter zur Vertheilung kommenden Geldertrage der gesammten Produktion auch noch alles zur Kapitalbildung Nöthige ab, und es kämen noch lange nicht 842 Mark auf jeden Angehörigen des socialistischen Staates.

„Machen wir uns dies an einem Beispiel klar“, sagt Richter. „Der preußische Staatshaushaltsetat hat für 1890/91 einmalige Ausgaben vorgesehen zur Ergänzung und Vervollkommnung des Staatseisenbahnwesens im Betrage von 200 Millionen Mark. Die dazu erforderlichen Geldmittel sollen durch Anleihe aufgebracht werden und sind theilweise durch Verausgabung von dreiprocentigen Konsols beschafft. Solche Unterbringung ist aber in der socialdemokratischen Weltordnung unmöglich. Es gibt dort keine Staatspapiere, keine Coupons, keine Zinsen und auch keine Privatcapitalisten, welche das Geld hergeben können.

Der socialdemokratische Staat muß also, da die Socialdemokraten die Vervollständigung des Eisenbahnwesens gewiß nicht werden missen wollen, den in Preußen vorhandenen 10 Millionen Haushaltungen u. s. w. je 20 Mark von dem von uns ermittelten Normaleinkommen von 842 Mark abziehen, um die erforderlichen 200 Millionen zu erübrigen.“

Glücklicher Weise hat Eugen Richter lichte Momente.

Es kommt ihm also plötzlich der Gedanke, daß der socialdemokratische Staat doch nicht alles wird zu kaufen nöthig haben; was der heutige Staat — dieser arme Teufel — mit schwerem, gegen gute Verzinsung mühselig zusammengeborgten Gelde bezahlen muß.

Der lichte Moment geht aber blitzschnell vorüber. Richter bringt es daher nur zu der Erkenntniß, daß der socialdemokratische Staat keine Anleihe nöthig haben würde, wenn es sich um den Erwerb von Grundeigenthum handelte. „Denn in diesem Falle würde der socialdemokratische Staat allerdings nichts zu bezahlen haben, da er ja schon vorher alles Grundeigenthum expropriirt hat.“

Nachdem er das eingesehen, ist er jedoch sofort wieder in undurchdringliche Geistesnacht versunken, sonst hätte er doch unbedingt einsehen müssen, daß die socialdemokratische Gesellschaft als Herrin der Gesammtproduktion, ebensowenig wie den zum Eisenbahnbau nöthigen Grund und Boden, die erforderlichen Schwellen, Schienen, Baumaterialien, Waggons, Lokomotiven u. s. w. für Geld zu kaufen gezwungen sein wird.

Damit sind wir allerdings wohl an einem Punkte angelangt, dem gegenüber der Verstand nichtsocialdemokratischer, insbesondere manchesterlicher Politiker überhaupt still zu stehen pflegt.

Für diese Herren ist der volkswirthschaftliche Verkehr mit dem Kaufen und Verkaufen, Borgen und Verzinsen erschöpft.

Aber die Art, wie sich innerhalb der socialistischen Gesellschaft der Waarenverkehr vollziehen wird, läßt sich doch auch ihnen klar machen, wenngleich ihr Vorstellungsvermögen die Grenzen der privatkapitalistischen Produktionsweise nicht so leicht überspringen kann. Es wird ihnen — so sind wir überzeugt — sofort ein helles Licht aufblitzen, wenn wir statt des dunklen Begriffes socialistische Gesellschaft oder socialistischer Staat den Namen eines manchesterlichen Ideals — des Herrn Krupp z. B. — setzen.

Herr Krupp produzirt entweder alles, was er zum Bau seiner Eisenbahnen braucht, selbst, oder könnte es sehr gut produziren. Wollte er nun den Bau einer neuen Eisenbahn beginnen, so würde ihm die Richter'sche Ermahnung „Thu Geld in Deinen Beutel!" sehr kindlich vorkommen.

Thorheit, längst überwundener, rein vorsintfluthlicher Standpunkt," würde Krupp erwidern. „Was gebraucht wird, liefern die bezüglichen Zweige meines Etablissements, und deren Buchhaltereien belasten mit dem Betrage der gelieferten Produkte das Conto jener anderen Produktionszweige, die die Produkte gebrauchen."

Das Geld wird bei dem Produktenverkehr in der socialistischen Gesellschaft nun ebenso vollkommen überflüssig sein; es würde nur störend wirken, wie beim Vekehr des Herrn Krupp mit dem Herrn Krupp.

Im heutigen, in wirthschaftlicher Beziehung noch so unentwickelten Staate, bedarf es bei Geschäftshäusern, die mit einander in dauernder Verbindung und Wechselverkehr ihrer Waaren stehen, auch schon nicht mehr des Geldes als Tauschmittel, — sie belasten und entlasten gegenseitig ihre Conten, und nur in Ausnahmefällen, wenn sich herausstellt, daß das Conto eines derselben überlastet und in angemessener Zeit kein Ausgleich zu erwarten ist, wird dieser allenfalls durch Geld herbeigeführt.

Einen gewöhnlichen wenig beachteten weiteren Schritt von der privatökonomischen Verkehrsweise der Bourgeoisie zu der socialökonomischen der socialistischen Gesellschaft tritt dem Kundigen in den Beziehungen entgegen, welche die deutsche Reichsbank zu Gunsten der Handelshäuser vermittelt, denen sie ein Giro-Conto eröffnet hat.

Solche Handelshäuser bedürfen im wechselseitigen Waarenverkehr auch keinen Pfennig Geldes; die Reichsbank bucht und schreibt den betreffenden Conten die nöthigen Beträge ab und zu.

Der Romanschriftsteller Bellamy, den Herr Richter so eifrig studirt, hat begriffen, wie sich der Waarenverkehr zwischen den verschiedenen Produktionszweigen dere: st vollziehen wird, und bei Karl Marx hätte Herr Richter bei einigem Studiren und Nachdenken sogar die Antwort auf seine Frage gefunden, wie denn in der socialistischen Gesellschaft Ersatz für die heutige ungeschickte Art der Geldkapitalbildung geschaffen wird.

Da wo Marx in seinem „Kapital" auf die Produktionsweise der Zukunft zu sprechen kommt, schreibt er:

„Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform erlaubt, den Arbeitstag durch die nothwendige Arbeit zu beschränken. Jedoch würde die letztere mit ihrem Begriff unter sonst gleichbleibenden Umständen auch ihren Raum ausdehnen. Einerseits weil die Lebensbedingungen des Arbeiters reicher und seine Lebensansprüche größer sein würden. Andererseits aber würde ein Theil der jetzigen Mehrarbeit zur nothwendigen Arbeit zählen; nämlich die zur Erzielung eines gesellschaftlichen Reserve- und Accumulationsfonds nöthige Arbeit."

Dieser Accumulationsfonds wird gewissermaßen das Sammelbassin der socialistischen Kapitalquellen darstellen, aus dem jederzeit der Strom des Kapitals, — aber nicht des Geldkapitals, sondern des Produktenkapitals, — in direkter Leitung an diejenigen Stellen des socialistischen Produktionsgebietes zu führen sein wird, wo neues Kapital erforderlich ist.

Auf dieser Höhe unserer Darstellung angelangt, wird Herr Richter auch begreifen, daß von einer Vertheilung des gesammten Produktionsertrages, wie er sie anstatt der von ihm ursprünglich als im socialistischen Sinne nothwendig erachteten Geldeinkommensvertheilung den Socialdemokraten in die Schuhe schieben möchte, gleichfalls nicht die Rede sein kann. Denn dadurch würde ja die Bildung des gesellschaftlichen Reserve- und Accumulationsfonds verhindert, den der Begründer des wissenschaftlichen Socialismus ausdrücklich als für die socialistische Produktion unerläßlich gekennzeichnet hat, und die gegenüber der heutigen Art des Entstehens der Kapitalien die höhere Form ausschließlich allgemeinnützlicher Kapitalbildung darstellt.

Der Gedanke, daß alles was produzirt wird, den Arbeitern gehört, ist für naive Leute, die zwischen der Gesammtheit der Arbeitenden und dem einzelnen Arbeiter nicht zu unterscheiden vermögen, eine Quelle der absurdesten Irrthümer, deren einen Herr Richter ausspricht, wenn er sagt: „was im socialdemokratischen Staat „gemeinnützig verwendet" werden soll, kürzt un-

mittelbar den Arbeitsertrag, welcher zur Vertheilung unter die Einzelnen gelangen kann."

Herr Richter hat bei diesen Worten schon wieder total vergessen, daß in der socialdemokratischen Zukunft die socialistische Gesellschaft die alleinige Eigenthümerin alles Kapitals sein wird, und daß dieses Gesellschaftskapital doch offenbar nicht in jeder Phase des Produktionsprozesses aus dem Besitz der Gesellschaft in den Besitz einzelner Arbeiter übergehen kann — vielmehr im Besitz der Gesellschaft verbleibt, während der Arbeiter seine Arbeitsleistung nach Maßgabe der von ihr repräsentirten gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit entgolten erhält, und zwar unter Abzug des Theils „der jetzigen Mehrarbeit, der zur Bildung des gesellschaftlichen Reservefonds" von der Gesellschaft gebraucht werden wird.

Daß es sich bei diesen Fragen um socialökonomische Neugestaltungen handelt, die nur dann dunkel und unverständlich erscheinen, wenn man sie durch die Brille privatökonomischer Anschauungsweise betrachtet, hätte Herr Richter bei Bellamy lernen können, der die wirthschaftliche Ueberlegenheit socialistischer Produktion durch seinen Mann des zwanzigsten Jahrhunderts folgendermaßen schildern läßt:

„Solange sich die Produktion in vielen Privathänden befand, und Kauf- und Verkauf zur Befriedigung der Bedürfnisse unumgänglich waren, war das Geld nothwendig. Es unterlag aber dem augenscheinlichen Einwande, daß es an die Stelle von Nahrung, Kleidung und anderen Dingen einen blos durch Uebereinkommen angenommenen Vertreter derselben setzte. Die Begriffsverwirrung, welche hierdurch begünstigt wurde, führte zu dem Creditsystem mit seinem erstaunlichen Truge. Schon daran gewöhnt, Geld für Waaren anzunehmen, nahm das Publikum demnächst Versprechungen für Geld an, und hörte schließlich überhaupt auf, hinter dem Repräsentanten das repräsentirte Ding zu suchen. Geld war ein Zeichen für wirkliche Waaren; aber der Kredit war blos das Zeichen eines Zeichens. Für Gold und Silber, das ist wirkliches Geld, gab es eine natürliche Grenze, für den Kredit nicht, und das Ergebniß war, daß der Kredit, das ist das Versprechen von Geld, aufhörte, in irgend einem festzustellenden Verhältnisse zu dem Gelde oder gar zu der Waare zu stehen, welche wirklich vorhanden war. Unter einem solchen System mußten häufige und regelmäßig wiederkehrende Krisen mit derselben Naturnothwendigkeit eintreten, als ein Gebäude zusammenstürzt, dessen Schwerpunkt über seinen Unterstützungspunkt hinausragt."

Herr Richter hat in den bisher behandelten Abschnitten seine Haupttrumpfe ausgespielt.

Alles Folgende stellt eine Art Heringssalat dar, in dem Gleichgiltiges und Selbstverständliches mit handgreiflicher Thorheit, groben Mißverständnissen, offenbaren Verdrehungen und faden Wiederholungen kunterbunt untereinander gerührt und mit einigen wenigen, bisher noch nicht aufgetischten Einwänden wider die socialdemokratischen Forderungen garnirt ist.

Von dem vollkommen Unerheblichen und Gleichgiltigen, das Herr Richter auf's Tapet bringt, sei nur folgendes erwähnt.

Herr Richter behauptet in dem Abschnitte, welcher von der falschen Beurtheilung der Handelsgewerbe durch die Socialdemokratie spricht: „Die Schilderungen Bellamy's und Bebels von den Zukunftsbazaren seien Darstellungen großer Privatbazare, öffentlicher Markthallen und Ausstellungen aus der Gegenwart entnommen."

Zunächst — weßhalb sollte das nicht der Fall sein? Wer bestreitet, daß die bürgerliche Gesellschaft Einrichtungen aufzuweisen hat, welche gewissermaßen die Keime socialistischer Institutionen darstellen?

Ferner: wenn die Produkten- oder Musterlager der socialistischen Zukunft anders aussehen sollten als Bellamy's oder selbst Bebels „Zukunftsbazar", — was thuts??

Glaubt der Herr Richter etwa, daß sich Bebel oder ein anderer Socialdemokrat darüber ärgern, oder daß dadurch ein socialdemokratisches Princip verletzt würde?

Wenn Herr Richter fortfährt:

„Die Socialdemokraten übersehen nur, daß es für die zweckmäßige Gütervertheilung nicht allein darauf ankommt, daß eine Waare uns an irgend einem Ort zugänglich ist, die Waare muß uns auch in der denkbar leichtesten und bequemsten Weise gerade in dem Augenblick zur Verfügung stehen, wo wir ihrer bedürfen" — und wenn er hieran noch eine längere Auseinandersetzung knüpft über die Nothwendigkeit, die Bedarfsartikelbeschaffung möglichst bequem einzurichten, so drischt er gleichfalls leeres Stroh.

Er wird auf dem ganzen Erdenrund keine Seele finden, die sich einreden läßt, ein socialdemokratischer Grundsatz verhindere, daß sich die Menschen der Zukunft das Leben bequem machen. Was uns anlangt, so sind wir loyal genug, anzunehmen, daß bei dem Herrn Richter und seinen Gesinnungsgenossen Bequemlichkeit nicht zu den Bedingungen gehört, denen sie besondere socialpolitische Bedeutung beilegen.

Herrn Richter scheint es wirklich ein unabweisliches Bedürfniß

zu sein, unseren Nachkommen reichlichen Stoff zur Heiterkeit zu hinterlassen. Auch in die kleinsten Töpfe der Zukunftsküche steckt er seine Nase. So z. B. läßt Bellamy die Redakteure der Zukunftszeitungen durch die Abonnenten wählen; — das kommt Herrn Richter bedenklich vor, weil, wie er meint, die Abonnenten dann eher da sein müßten, als die Zeitung.

In dem Abschnitt ferner, welcher die socialdemokratische Staatsleitung behandelt, kommt er auch auf die Arbeitsleiter zu sprechen, die nach Bebel von den Arbeitern selbst gewählt werden, nach Bellamy dagegen von den Gesellschaftsangehörigen, welche ihre bis zum 45. Lebensjahre dauernde Dienstzeit in der Arbeitsarmee hinter sich haben.

Der Auch-Demokrat Herr Richter ist jedoch mehr für die Arbeitsleiter von Gottes- oder Zufallsgnaden, wahrscheinlich, weil der Zufall bisher stets eine beachtenswerthe Vorliebe für die skrupel- und gewissenlosen Elemente gezeigt hat, die sowohl Geld als Aemter nehmen, wo sie solche finden.

Wir unsererseits wären vorläufig zwar mehr für den Bebel'schen Gedanken, überlassen die Entscheidung über diese Frage aber ohne alle Gewissensbisse, ebenso wie die vorhergehenden — und wie Bebel zweifelsohne auch — den Gesetzgebern der socialdemokratischen Zukunft, die einen noch demokratischeren und praktischeren Vorschlag, wenn er auch von Eugen Richter geboren werden sollte, jedenfalls nicht von der Hand weisen werden.

Deßgleichen nörgelt Richter darüber, daß Bebel behauptet, die Gesellschaft der Zukunft würde die Arbeitszeit den Bedürfnissen nach Produkten entsprechend einrichten und sich entweder mit zwei- oder dreistündiger Arbeit genügen lassen, oder wenn ihre Bedürfnisse wachsen, länger, vielleicht vier Stunden, arbeiten. Dabei lassen Bebels Worte deutlich erkennen, daß er weit davon entfernt ist, seine Gedanken der Zukunftsgesellschaft als maßgebend aufoktroyiren zu wollen. Er sagt ausdrücklich: „I h r Wille ist ihr Himmelreich."

Richter thut aber, als ob Bebel, da wo er seinen, den Nagel auf den Kopf treffenden Gedanken äußert, närrisch genug gewesen wäre, hinzuzusetzen: „M e i n Wille ist das Himmelreich der socialdemokratischen Zukunftsgesellschaft."

Es entspricht übrigens der beliebtesten Praxis so ziemlich aller Socialistenfeinde, den Socialdemokraten allerlei Absichten und Bestrebungen aufzubürden, die in Wahrheit weder mit den Absichten einzelner Socialdemokraten, noch mit den socialdemokratischen Prinzipien etwas zu thun haben, oft sogar ihnen direkt widersprechen.

Wahr ist z. B., daß die Socialdemokraten sowohl Industrie wie Landwirthschaft so allgemeinnützlich, wie es nur angeht, betrieben wissen wollen. Wahr ist ferner, daß die Socialdemokraten eingesehen haben, wie nothwendig im allgemeinen für die wirthschaftliche Entwicklung die Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb gewesen ist und auch später vielfach noch sein wird.

Diese Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb ist aber ein charakteristisches Merkmal der privatkapitalistischen Wirthschaftsepoche. Und in dieser Zeit werden selbst da Kleinbetriebe, z. B. innerhalb der Landwirthschaft, hie und da sogar in der Industrie, speziell im Kunstgewerbe, vom Großbetriebe verdrängt, wo der Kleinbetrieb nützlicher für die Gesammtheit der Gesellschaft gewirkt hätte, als es schließlich die betreffenden Großgrundbesitzer und Großfabrikanten thaten, beziehungsweise zu thun vermochten. Es gibt weit ausgedehnte Landstriche, welche in Folge der Nachtheile der Privatproduktion den Händen der Bauern entwunden und zu mächtigen Gütercomplexen zusammengeschweißt wurden, deren Gesammtertrag entweder wegen minder intensiven Acker- und Gartenbaues oder wegen Hintansetzung desselben hinter Jagd- und andere Sportzwecke weit hinter der Summe der früheren Einzelerträge zurückbleibt.

Die socialdemokratische Gesellschaft wird sich nun durch die ihr obliegende Hauptaufgabe, die darin besteht, die Produktion so allgemein nützlich, wie es nur gelingen will, zu gestalten, — dazu veranlaßt sehen, den Großbetrieb überall dort unangetastet zu lassen oder einzuführen, wo er am rentabelsten zu wirken vermag, während sie dagegen Produktionszweige, die vom Kleinbetriebe besser ausgenützt werden könnten, mit einem Netz mit einander einerseits — soweit nöthig — verbündeten, andererseits isolirten Sonderbetriebe überziehen wird.

Der Socialdemokratie vorzuwerfen, daß sie unter allen Umständen und womöglich mit Gewalt den Kleinbetrieb, z. B. in der Landwirthschaft oder sonstwo, gänzlich ausrotten will, wie es Herr Richter in seiner Abhandlung von der Ueberschätzung des Großbetriebs durch die Socialdemokratie thut, heißt sie unterschätzen und ihr Streben in thörichtster Weise verkennen, oder es heißt die Leute, die man angeblich über die Socialdemokratie aufklären will, zum Narren halten. Soweit es sich um die Absicht des Herrn Richter handelt, möchten wir uns für das Letztere entscheiden.

Für das, was Herr Richter über die Stellung der Socialdemokratie zum Handel sagt, gilt dasselbe.

Soweit Vermittler zwischen Produzenten und Consumenten

nöthig und nützlich sind, werden solche in der socialdemokratischen Gesellschaft vorhanden sein. Die unnöthigen Zwischenpersonen, welche heute den Verdienst des Produzenten nach Kräften beschneiden und den Produzenten die Preise vertheuern, werden jedoch zu beseitigen und auf allgemein nutzbringende Beschäftigung angewiesen sein.

Alle gesunden Triebe und Glieder des Wirthschaftskörpers werden die Socialdemokraten erhalten und pflegen, alles Krankhafte werden sie zu heben suchen oder entfernen.

Zu untersuchen und zu bestimmen, was gesund und krank ist, das überlassen die Socialdemokraten allerdings nicht der Brutalität der freien Conkurrenz; das wird, so bald die Socialdemokratie sich zur herrschenden Macht aufgeschwungen hat, — ausschließlich Sache der Wissenschaft sein.

Darüber, Herr Richter, sind die Socialdemokraten einig! August Bebel, den Sie immer nur citiren, wo Sie es — zum Theil mit großem Raffinement — fertig bringen, ihn mißzuverstehen, hat das, wie Sie ja wissen, klar und unzweideutig ausgedrückt:

„Der Socialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntniß auf alle Gebiete menschlicher Thätigkeit angewendete Wissenschaft.“ — —

Ueberhaupt alles was sich von socialdemokratischen Gedanken und Forderungen mißverstehen läßt, hat Herr Richter mißverstanden Wenn ihm dann aber das Ergebniß seines Mißverständnisses noch nicht ungünstig genug für die Socialdemokraten zu sein schien, so stellte er es ganz ungenirt auf den Kopf.

In seinem vierten Abschnitte hat er behauptet, die Socialdemokraten wollten den gesammten Arbeitsertrag unter alle Arbeiter gleichmäßig ver.heilen. Im fünften Abschnitt hat er herausgebracht, daß der socialdemokratische Staat einen Theil des Arbeitsertrages zur Kapitalbildung, sowie für alle übrigen Staatszwecke zurückbehalten muß. Im sechsten Abschnitt folgert er keck darauf los, daß der Arbeiter „also auch im socialdemokratischen Staate nichts weniger als den Gesammtertrag seiner Arbeit“ erhalten werde.

Das ist — genau besehen — das strikte Gegentheil eines logischen Schlusses. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Unter die Arbeiter wird im socialdemokratischen Staate — nach Richter — der ganze Arbeitsertrag vertheilt. Abgezogen wird nur, was der Staat für die Allgemeinheit braucht, also ebenfalls für die Zwecke der Arbeiter aller Art, da alle Ange=

hörigen des socialdemokratischen Staates — nach Richter — Arbeiter sind. Das heißt doch: alle Arbeiter erhalten den gesammten Arbeitsertrag. Jeder Arbeiter tilgt mit einer Quote seines Ertragsantheils den auf ihn entfallenden Theil der für Allgemeinheitszwecke unumgänglichen Aufwendungen, — da nichts Anderes vom Ertragsantheil des Arbeiters abgezogen wird, und da ferner das Zurückhalten des für Allgemeinheitszwecke nöthigen Theils vom Gesammtarbeitsertrage seitens der Staatsverwaltung nichts weiter ist, als die einfachste Form des Beisteuerns Aller zu Staatszwecken, so erhalten also alle Arbeiter den vollen Arbeitsertrag und verwenden ihn zum einen Theile für persönliche und zum andern Theile für allgemeine Zwecke.

Das wäre Logik, Herr Richter. Die Art Ihres Folgerns aber enthält auch Logik — aber nicht angewandte, sondern umgewandte.

Wir können mit weiteren Proben dieser Eugen-Richter-Logik aufwarten.

Im siebenten Abschnitt, der vom Staatsbetrieb und der Aufhebung der Concurrenz handelt, kokettirt er ganz unbändig mit seiner reizenden Logik. Er schreibt:

„Die socialdemokratische Ordnung kann selbstständige Betriebe ebensowenig gestatten in Form von Genossenschaften, wie in Form von Betrieben einzelner Unternehmer. Denn jeder selbstständige Betrieb setzt auch selbstständige Arbeitsmittel voraus. Alle Arbeitsmittel, alles Kapital aber gehört dem Staat. Auch würde ja der Betrieb mehrerer Genossenschaften eine Concurrenz hervorgerufen und damit zu socialer Ungleichheit führen. Selbst eine gemeindeweise selbstständige Produktion kann logischer Weise ebensowenig stattfinden, denn die Gemeinden sind nichts wirthschaftlich Abgeschlossenes, sondern stehen in Concurrenz mit einander. Was daher einst socialdemokratische Schriftsteller früher über gruppenweise Organisation der Produktion ausgeführt haben, widerspricht ebensosehr der Logik des eigenen Programms; die vollständige Consequenz desselben erheischt sogar einen einheitlichen Weltbetrieb. Alles was unter Mißbrauch des Wortes „Genossenschaft" lokale oder fachweise Organisation der Produktion genannt wird, kann in Wahrheit nur unselbstständige Unterabtheilungen eines einheitlichen Betriebes darstellen, ähnlich den einzelnen Filialen desselben Privatunternehmens an verschiedenen Orten."

Also erstens sollen selbstständige Betriebe ohne selbstständige Arbeitsmittel nicht bestehen können! Das ist zunächst sehr schön und sehr geistreich gesagt: Selbstständige Schuster brauchen selbstständiges Leder, selbstständige Ahlen, selbstständige Schuhnägel 2c.;

selbstständige Schneider können ohne selbstständige Scheeren und Nadeln nicht leben; alle selbstständigen gewerblich Thätigen müssen angeblich — von der schlechten Richter'schen Ausdrucksweise abgesehen — mit Arbeitsmitteln arbeiten, mit Rohstoffen, Werkzeugen, Werkstätten, Maschinen, Nahrungsmitteln arbeiten, die ausschließlich ihr Eigenthum sind. Daß schon die allermeisten von den selbstständigen Produzenten unserer Zeit in Werkstätten, die ihnen nicht gehören, arbeiten, auf Grund und Boden, welcher der ihn belastenden Hypotheken wegen nur zum Theil, oft geradezu nur scheinbar ihr Eigen ist, mit Rohstoffen, die ihnen kreditirt sind, mit Maschinen, die oft selbst oder deren Betriebskraft Eigenthum dieses oder jenes Anderen sind, — daran denkt ein Genie im Irren, wie Herr Richter, natürlich nicht.

Daß Produktion und Produzenten vollkommen selbstständig sein können, selbst im privatkapitalistischen Staate, wenn ihnen unter entsprechenden Bedingungen Werkstätten, Maschinenkraft, Rohstoffe u. s. w. miethweise oder vorschußweise zur Verfügung stehen, — sollte das jedoch wirklich ein Mensch von gesunden Sinnen nicht begreifen können?

In der privatkapitalistischen Wirthschaft hört nun aber die Selbstständigkeit und Freiheit des Produzenten, wenn sie auch ursprünglich vorhanden zu sein schien, doch überall da auf, wo die Concurrenz beginnt.

Die Concurrenten müssen sich immer nach einander richten; was der Eine thut oder läßt, nöthigt den Anderen gleichfalls, etwas zu thun oder zu unterlassen, — gleichviel ob es ihn oder unter Umständen auch die Consumenten seiner Waaren schädigt, — der Produzent von heute ist ein ohnmächtiger Spielball blindwüthiger, selbstsüchtiger, engherzigster Concurrenz.

Die socialistischen Genossenschaften, — oder wie die Produktionsgemeinschaften der socialdemokratischen Zukunft sonst genannt werden mögen — sie werden unabhängig sein von Haus- und Grundbesitzern, überhaupt von allen Sorten Gläubigern, sie werden von der feindseligen Concurrenz unserer Tage, die den wirthschaftlichen Kampf Aller gegen Alle — und zwar einen Kampf bis auf's Messer — darstellt, befreit sein. Die socialistischen Arbeitsgemeinschaften werden einander in die Hand arbeiten und nach gemeinsamem Plane in voller Harmonie, nicht im Krieg der Kräfte, schaffen — ähnlich, nur in viel großartigerem Maßstabe, wie heute die verschiedenen Produktionswerkstätten unserer Großindustriellen oder wie die vielen verschiedenen Post- und Telegraphenämter von heute, die des Stachels der Concurrenz,

wie sie zwischen Privatbetriebsunternehmern und Arbeitern herrscht, ganz und gar nicht bedürfen, um Mustergültiges zu leisten.

Freilich führt die Consequenz des socialdemokratischen Programms zum „einheitlichen Weltbetrieb“. Das ist der gewaltigste Gedanke, den dieses Programm in seinen Falten birgt.

Sie aber, Herr Richter, verstehen diesen Gedanken eben so wenig zu würdigen, wie Sie die denkwürdigen Worte Friedrich Engels' begreifen, der die planmäßig bewußte Organisation der gesellschaftlichen Gesammtproduktion den Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Nothwendigkeit in das Reich der Freiheit nennt.

Am Schlusse desselben Abschnittes gestattet sich die Richter'sche Logik noch ein Brillantfeuerwerk des blendendsten Unsinns, das schließlich im Schauertableau des bekannten Weltzuchthauses verpufft.

Die redliche Arbeit, durch die sich jedes Glied der socialdemokratischen Gesellschaft seine kulturwürdige Existenz verdienen wird, schildert Herr Richter als eine fürchterliche Plage. Eine Höllenangst sucht er seinem lieben Philisterpublikum einzujagen vor den widerlichen und gefährlichen Arbeiten, zu denen dann jeder, wenn sich nicht genug opferwillige und heldenmüthige Freiwillige finden sollten, gezwungen werden würde.

Zwang ist natürlich bei Herrn Richter die ultima ratio. Zur Durchführung des Zwanges braucht Herr Richter eine Behörde, die mit furchtbarer Macht ausgerüstet ist, mit den Zwangsarbeitern verfährt als ob sie Besenstiele wären und ihnen ein Leben bereitet, schlimmer als das des zu lebenslänglicher Haft verurtheilten Zuchthäuslers.

Das wäre allerdings eine schöne Bescheerung! Schade nur, daß wieder das Gegentheil wahr und richtig ist.

Warum in aller Welt sollte man in dem socialdemokratischen Staate mehr Zwang anwenden müssen als heute? Wie heute schon fast alle Menschen zu arbeiten bereit sind, so wird die Angehörigen der socialistischen Gesellschaft erst recht Arbeitslust und Schaffensfrohsinn beseelen.

Alle werden sich ihre Existenz ehrlich verdienen wollen, alle werden Arbeit verlangen.

Aber sie werden nicht frei wählen können, meint Herr Richter, denn es können sich doch da, wo nur 10 000 Arbeiter nöthig sind, auch einmal 20 000 Arbeitswillige melden. Wohl möglich! Aber kommt denn das etwa heute nicht vor?

Es ist allerdings richtig: auch in diesem Punkte unterscheidet sich die kapitalistische Gesellschaft wesentlich von der socialistischen.

In der einen wie in der andern ist zwar die Berufswahl frei; die kapitalistische Gesellschaft kann ebensogut wie die socialistische nur eine gewisse Anzahl Arbeiter in jedem ihrer verschiedenen Arbeitszweige beschäftigen. Die kapitalistische Gesellschaft kümmert sich jedoch nur um den Arbeiter, dessen Arbeitskraft sie augenblicklich gerade ausbeutet und auch den läßt sie — von Ausnahmen abgesehen — in den meisten Fällen darben und in sehr vielen Fällen hungern.

Die socialistische Gesellschaft wird hingegen die Pflicht haben, sich schon der Candidaten der Arbeit anzunehmen, und zwar etwa dadurch, daß sie durch mindestens alljährlich sich wiederholende Berichte diejenigen, die es interessirt, darüber aufklärt, wieviel Zugang an Arbeitskräften die einzelnen Arbeitsbranchen bedürfen.

Durch den Arbeitsunterricht, der in der socialdemokratischen Gesellschaft selbstverständlich in umfassendstem Maße eingeführt und der heute bereits in seinem Keimzustande, im Handfertigkeitsunterricht, vorhanden ist, wird außerdem lange, ehe die jungen Leute zur Berufswahl genöthigt sind, Gelegenheit geboten sein, durch geeignete Beschäftigung und sorgfältige Beachtung jeder besonderen Anlage eine den voraussichtlichen Bedürfnissen entsprechende Zahl von Ersatzkräften für jeden Beruf heranzubilden.

Da nun ferner der Arbeitsunterricht keine einseitige, sondern viel mehr — in Uebereinstimmung mit den allgemein menschlichen Anlagen — eine möglichst vielseitige sein wird, so läßt sich mit Bestimmtheit voraussehen, daß unter dem Nachwuchs der socialdemokratischen Gesellschaft sich auch viel weniger Menschen finden werden, die nur zu einer bestimmten Arbeit Lust oder besondere Fähigkeit zeigen.

Wenn der eine Arbeitszweig also die nöthige Arbeiterzahl aufgenommen haben wird, werden sich alle, die innerhalb derselben Arbeit gesucht und nicht gefunden haben, wahrscheinlich viel leichteren Herzens als heute, einem anderen Arbeitszweig zuwenden.

An dieser Stelle meldet sich sofort n o c h ein Unterschied zwischen der socialistischen und der kapitalistischen Gesellschaft!

Der letzteren ist es vollkommen gleichgültig, ob der Arbeitsuchende überhaupt Arbeit findet.

Herr Richter weiß es ja ganz genau! Viele Zehntausende suchen Tag für Tag, Jahr aus Jahr ein, rings um ihn her Arbeit und nichts als Arbeit — mag sie noch so widerlich, noch so gefährlich sein. Zehntausende bitten, betteln, flehen darum, — die kapitalistische Gesellschaft weist täglich Zehntausende, Hunderttausende, Millionen Arbeitsbereite erbarmungslos ab und läßt sie — wenn sie betteln gehen, weil sie hungrig sind, — wie Verbrecher einsperren.

Die socialistische Gesellschaft wird den Arbeitsuchenden Arbeit gewähren müssen, sie wird ferner die Pflicht haben, die Arbeit möglichst nach den Fähigkeiten und Neigungen der Arbeitslustigen zu vertheilen, und sie wird aus aller Kraft danach zu streben haben, auch jede Arbeit mit einem zur Befriedigung der geistigen und leiblichen Bedürfnisse des Arbeiters hinreichenden Ertragsantheile zu lohnen.

Auch mit den widerlichen und gefährlichen Arbeiten wird die socialistische Gesellschaft sehr viel leichter fertig werden als die kapitalistische. Es wird zunächst einer der unverbrüchlichsten Grundsätze der socialistischen Gesellschaft sein, etwaige Völkerzwiste unter keinen Umständen mit menschenunwürdiger Gewalt zu schlichten.

Die ungeheuerliche Schießpulver- und Sprengmittelfabrikation zu verachtungswürdigsten Mordzwecken, mit der heute Milliarden vergeudet werden, wird wie Schnee vor der Frühlingssonne verschwinden.

Das Cloakenreinigen ist heute schon eine viel saubrere Beschäftigung, als das Mistgruben-Ausräumen in Herrn Richter's Jugend, und wenn das voraussichtliche Cloaken-Desinfektionsmittel der Zukunft — der Torfmull — seinen triumphirenden Einzug in alle unsere Aborte gehalten haben wird, dann werden erstens die Zukunfts-Aecker noch mehr und noch bessere Frucht tragen als unsere gestankfrohen Rieselfelder und zweitens wird das Cloakenreinigen eine völlig geruchlose und ganz appetitliche Beschäftigung geworden sein.

Die Zukunftswirthschaft wird — das kann selbst Herr Richter nicht leugnen — an gefährlicher und widerlicher Beschäftigung viel ärmer sein, als unsere Gegenwart. Und wenn ja nicht genug Freiwillige sich für diese Arbeitszweige finden sollten, so wird die bei viel zu viel Menschen so tief eingewurzelte Charakterverdorbenheit doch jedenfalls in den ersten Generationen der socialdemokratischen Zukunft noch genügend Sträflinge liefern, die zu allen niedersten und unangenehmsten Arbeiten verurtheilt oder begnadigt werden können.

Was aber zu machen sein wird, wenn die ganze Erde von lauter makellosen Menschen bevölkert ist, darüber Herr Richter — mögen sich unsere Enkel oder Urenkel oder Ururenkel die Köpfe zerbrechen. Sollten Sie jedoch meinen, schon Ihr Sohn könnte in diese Verlegenheit kommen, so geben Sie diesem Jüngling getrost die Adresse des Schreibers dieser Zeilen. Demselben wird es dann auf 5 Minuten Nachdenken mehr auch nicht ankommen, und er wird — Hand darauf! dem sprechenden Beweise Ihrer

Mannhaftigkeit und Ihres Eifers in der Erfüllung der vornehmsten Menschenpflicht, der Gattungsfortpflanzung nämlich, auch noch diese Frage auf's befriedigendste beantworten. — —

Aber die furchtbare Behörde und das entsetzliche Zuchthaus! Machen wir eine Probe, Herr Richter! Statten wir einmal die Insassen eines unserer Zuchthäuser mit dem gleichen, allgemeinen Recht zur direkten und geheimen Wahl aller Zuchthausbeamten aus. Glauben Sie ernstlich, Herr Richter, daß die auf diese Weise zustande gekommenen Behörden unerbittlich streng sein würden? Oder sollte es nicht auch Ihrem Verständnisse scheinen, als wenn aus diesem Zuchthaus von dem Moment solcher Behördenwahl an ein urfideles Gefängniß werden müßte?

Oder meinen Sie etwa, daß die Millionen ehrlicher deutscher Reichstagswähler dümmer und feiger sein könnten, als die Zuchthäusler?

Nein, Herr Richter, wir sind felsenfest überzeugt, daß diese Annahme über Ihre allerdings fast unglaubliche Fähigkeit, sich zu irren, hinausgeht. In diesem Punkte werden S i e jetzt sogar mit uns einig sein. Jede Behörde, die auf dem echt demokratischen Wege der freien Volkswahl zustande gekommen ist, wird von vornherein sich hüten, es mit ihren Wählern zu verderben.

Für alles das, was Herr Richter in seinem Kapitel über die socialdemokratische Staatsleitung, von deren despotischer Gewalt redet, gilt genau dasselbe. Wenn dereinst Staatsverfassungen im socialdemokratischen Geiste geschaffen werden sollten, so werden auch die höchsten Beamten nur vollziehende Gewalt haben. Gesetzgeber und höchste Instanz in allen wichtigen Verwaltungs- und Rechtsfragen wird das Volk selbst sein.

In der ganzen Größe seines Irrgenies präsentirt sich Herr Richter wieder da, wo er aus der ungeheueren Mannigfaltigkeit der Geschäfte im socialistischen Staat die Nothwendigkeit herleitet, diese Unsumme von Arbeit auf die Schultern eines einzigen Menschen zu häufen.

Andere Menschen würden sagen, wenn an irgend einer Stelle der Verwaltung zu viele Geschäfte sich häufen, so überweist man sie ja nicht etwa einem Menschen, sondern einem Collegium. Der Herr Richter, bekanntlich selbst Höchstkommandirender einer großen Partei, — und nebenbei einer von jenen Menschen, die neben sich andere Machthaber für völlig überflüssig halten — kann sich auch an der Spitze der socialdemokratischen Wirthschaftsorganisation nur einen Obersten denken, zumal unsere Post- und Staatseisenbahnverwaltung auch je einen Minister zum Leiter haben.

Wenn Herr Richter jedoch sich das, was er schreibt, so recht

gründlich überlegen wollte, würde wahrscheinlich auch ihm die Einsicht kommen, daß die Minister vielfach — fast immer — nur das Aushängeschild ihres Ressorts sind: daß die Hauptarbeiten, auch die der obersten Leitung, von anderen hohen Beamten geleistet werden und die besten Gedanken, mit deren Glorie der betreffende „Höchste" vor der Welt geschmückt erscheint, zumeist in anderen Hirnen ihren Ursprung hatten.

Also Herr Richter, die Arbeitstheilung wird auch das Problem der Leitung einer socialistischen Wirthschaft im demokratischen Sinne lösen, — haben Sie nur gar keine Sorge.

In Bezug auf die Frage, ob — in freilich noch nicht absehbarer Zeit — „die Leiter der einzelnen Arbeitsbranchen und Arbeitszweige," und alle übrigen Aemter, „einfach alternirend werden", stimmen wir durchaus der Meinung Bebel's zu, — wir halten die Möglichkeit nicht gerade für ausgeschlossen.

Auch das häusliche Leben und die Regulirung der Geburten überlassen wir ohne alle Besorgniß dem Verstande, dem Gefühle und Geschmacke unserer Nachkommen; im socialdemokratischen Programm steht vorläufig nichts davon.

Allerdings sind wir der Ueberzeugung, daß die Frau in jeder Beziehung so frei werden muß, rechtlich sowohl als politisch, wie der Mann. Daß ihr alles Wissen und jeglicher Beruf ebenso zugänglich gemacht werden muß, wie ihm. Und wir sind ferner überzeugt, daß die Frauen in der socialistischen Gesellschaft bei der Entscheidung über Fragen, wie die nach ihrer Betheiligung an der Arbeit, nach der Einrichtung des Familienlebens und nach der Regulirung der Geburten, den Ausschlag geben und für kluge, allgemein nutzbringende und zartsinnige Lösung derselben Sorge tragen werden.

VI.

An die Entlarvten!

Der mit Irrthümern überreich gespickten Broschüre des Herrn Richter ist die hohe Bedeutung einer intellektuellen Bankerotterklärung der gesammten manchesterlichen Gegnerschaft der Socialdemokratie zuzuerkennen.

Wenn die Politiker, als deren hervorragendster parlamentarischer und publizistischer Vertreter Eugen Richter unbestritten anerkannt wird, Besseres, Stichhaltigeres, Geistvolleres gegen die socialdemokratischen Anschauungen und Forderungen beizubringen wüßten, so hätten sie nicht so viele Wochen seit dem Erscheinen

jener Leitartikel der „Freisinnigen Zeitung", aus denen die Schrift zusammengesetzt ist, verstreichen lassen, ohne den geringsten Versuch zu machen, dem offenbar arg auf den Holzweg gerathenen Führer beizuspringen.

Daß sie es unterließen, geschah aus dem sehr einfachem Grunde, weil sie selber nichts gescheiteres zu sagen wußten. Herr Richter hat die besten Karten der angeblich „freisinnigen" Vertreter des beschränktesten Kapitalismus ausgespielt — — bessere hatte er nicht in der Hand, mehr konnte er also nicht thun, — nur ein Hundsfott gibt mehr als er hat.

Ob Herr Richter nicht hätte vorsichtiger sein, sowie mit Logik und Witz nicht gar so sparsam hätte umgehen sollen; ob er nicht zum mindesten an einer einzigen Stelle den Nachweis versuchen mußte, daß die Forderungen seiner Partei eher geeignet seien, eine Besserung der Volkslage und die Demokratisirung unserer politischen Einrichtungen herbeizuführen, als die von ihm mit so viel Worten und so wenig Glück bekämpften socialdemokratischen Bestrebungen, — darüber mit diesem Helden einer ebenso bettelarmen wie bettelstolzen Negation zu rechten, überlassen wir seinen Freunden.

Wir begnügen uns zu constatiren, was Herr Richter selbst in seinen „Irrlehren" mit mehr als hinreichenden Belegen ausgestattet hat:

Auch nicht den kleinsten Satz des socialdemokratischen Programms und aller sonstigen socialdemokratischen Parteianschauungen und Parteiforderungen vermochte dieser Kämpe des Kapitalismus zu widerlegen.

Mit all' seinen Anstrengungen, die socialdemokratischen Behauptungen zu verdrehen, die socialdemokratischen Bestrebungen zu verdächtigen, die Einführung des socialistischen Wirthschaftssystems als unmöglich und schädlich zu erweisen, ist es ihm zunächst nur gelungen, den erforderlichen dunklen Hintergrund zu schaffen, von dem sich das, was die Socialdemokratie erstrebt, nur um so klarer und leuchtender abhebt.

Und noch eins ist ihm gelungen:

Er hat die deutschfreisinnige Partei als das entlarvt, was sie in wirthschaftlicher Beziehung thatsächlich ist, — wenn auch viele, die heut noch zu dieser Partei halten, es weder wissen noch wollen — — als eine reaktionäre, wenn nicht sogar die allerreaktionärste Partei.

Alle anderen Parteien bekennen heute schon mehr oder minder offen, mehr oder minder beklommenen Herzens, daß dem Socialismus die Zukunft der Menschheit gehört; — alle andern möchten

die nicht mehr abzuwendende socialistische Gestaltung unserer Wirthschaftsverhältnisse im Sinn ihrer eigenen Anschauungen modificirt und dem Interesse der von ihnen vertretenen Bevölkerungskreise wenigstens so einigermaßen angepaßt sehen. — —

Die deutschfreisinnige Partei ist die einzige politische Partei, die heute noch über die Weisheit des Vogel Strauß nicht hinausgekommen ist, — die einzige, welche die Thatsache, daß das Gebäude der privatkapitalistischen Produktion schon an allen Ecken brennt und in allen Fugen kracht, dadurch aus der Welt zu schaffen sucht, daß sie sie leugnet.

Wenn aber auch die deutsch-freisinnige Partei, insbesondere so lange sie der Führerschaft Eugen Richter's folgt, in socialwirthschaftlicher Beziehung urreaktionär ist, so ist sie doch in ihrer schier unglaublichen Verblendung für die Socialdemokratie die ungefährlichste aller Parteien.

In dieser Erkenntniß grüßen wir Sie, Herr Richter, und die Ihren als unsere allerliebsten Feinde.